

2008

Ausgegeben zu Bonn am 21. Mai 2008

Nr. 10

Tag	Inhalt	Seite
26. 2.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	294
27. 2.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	296
26. 3.2008	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde	343
27. 3.2008	Bekanntmachung zu dem Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme	345
31. 3.2008	Bekanntmachung des deutsch-kolumbianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	350
31. 3.2008	Bekanntmachung des deutsch-kolumbianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	351
10. 4.2008	Bekanntmachung der deutsch-kolumbianischen Vereinbarung über Finanzielle Zusammenarbeit	353
15. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Madrider Abkommens über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren und der Stockholmer Zusatzvereinbarung	355
16. 4.2008	Bekanntmachung zu dem Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	356
17. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	357
17. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen	358
17. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region	359
21. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens	360
21. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls vom 26. Oktober 1990 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt	361
24. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls V zum VN-Waffenübereinkommen	361
29. 4.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt	362
2. 5.2008	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren	362
6. 5.2008	Bekanntmachung über eine Berichtigung der authentischen deutschen Fassung des Vertrags über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union	363

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**

Vom 26. Februar 2008

I.

Das Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 (BGBl. 2001 II S. 1237) zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II S. 647) ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Argentinien	am	20. Juni 2007
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Erklärung		
Armenien	am	14. Dezember 2006
Botsuana	am	21. Mai 2007
Bulgarien	am	20. September 2006
Kolumbien	am	23. April 2007
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Erklärungen		
Korea, Republik	am	18. Januar 2007
Nepal	am	15. September 2007
Vanuatu	am	17. August 2007.

Es wird ferner für die

Cookinseln	am	27. Februar 2008
------------	----	------------------

in Kraft treten.

II.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Fakultativprotokoll gebunden betrachtet.

III.

Argentinien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. März 2007 nachstehende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

Declaration (Translation) (Original: Spanish) Erklärung (Übersetzung) (Original: Spanish)

The Argentine Republic wishes to reiterate the content of its notes of 3 April 1989 and 18 January 2005, by which it rejected the extension of the territorial application of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and of the Optional Protocol thereto, respectively, to the Malvinas Islands, notified by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

The Argentine Republic recalls that the Malvinas Islands, South Georgia and the South Sandwich Islands and surrounding maritime areas are an integral part of the territory of the Argentine Republic and are illegally occupied by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, being the subject of a sovereignty dispute.

Die Argentinische Republik möchte an den Inhalt ihrer Noten vom 3. April 1989 und 18. Januar 2005 erinnern, mit denen sie die Erstreckung des Geltungsbereichs des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau beziehungsweise des Fakultativprotokolls dazu auf die Malwinen, die vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland notifiziert worden war, zurückwies.

Die Argentinische Republik erinnert daran, dass die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln sowie die sie umgebenden Seegebiete Bestandteile des Hoheitsgebiets der Argentinischen Republik sind, vom Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland widerrechtlich besetzt wurden und Gegenstand einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität sind.

Because of the illegal occupation by the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the General Assembly of the United Nations adopted resolutions 2065 (XX), 316[0] (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 and 43/25, in which a sovereignty dispute regarding the "Question of the Malvinas Islands" is recognized and the Governments of the Argentine Republic and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland are urged to resume negotiations in order to find as soon as possible a peaceful and lasting solution to the dispute.

The United Nations Special Political and Decolonization Committee has repeatedly affirmed this view, most recently in its resolution of 15 June 2006.

Aufgrund der widerrechtlichen Besetzung durch das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolutionen 2065 (XX), 316[0] (XXVIII), 31/49, 37/9, 38/12, 39/6, 40/21, 41/40, 42/19 und 43/25 angenommen, in denen das Bestehen einer Streitigkeit hinsichtlich der Souveränität in Bezug auf die „Frage der Malwinen“ zur Kenntnis genommen wird und die Regierungen der Argentinischen Republik und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nachdrücklich aufgefordert werden, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, um so rasch wie möglich zu einer friedlichen und endgültigen Lösung des Konflikts zu gelangen.

Der Ausschuss der Vereinten Nationen für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung hat diese Auffassung mehrfach bekräftigt, zuletzt in seiner Resolution vom 15. Juni 2006.

Kolumbien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 23. Januar 2007 nachstehende Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

Declarations (Translation) (Original: Spanish)

Erklärungen (Übersetzung) (Original: Spanish)

1. The Government of Colombia, exercising the discretion provided for in article 10 of the Optional Protocol, and subject to the conditions set out therein, declares that it does not recognize the competence of the Committee provided for in articles 8 and 9 of the Protocol.
 2. The Government of Colombia understands article 5 of the Protocol to mean that interim measures not only preclude "a determination on admissibility or on the merits of the communication", as established in article 5, paragraph 2, but that any measures involving the enjoyment of economic, social and cultural rights shall be applied in keeping with the progressive nature of these rights.
 3. The Government of Colombia declares that no provision of the Optional Protocol and no recommendation of the Committee may be interpreted as requiring Colombia to decriminalize offences against life or personal integrity.
1. Die Regierung von Kolumbien erklärt in Ausübung des in Artikel 10 des Protokolls vorgesehenen Ermessens und vorbehaltlich der darin niedergelegten Bedingungen, dass sie die in den Artikeln 8 und 9 vorgesehene Zuständigkeit des Ausschusses nicht anerkennt.
 2. Die Regierung von Kolumbien legt Artikel 5 des Protokolls dahingehend aus, dass vorläufige Maßnahmen nicht nur, wie in Artikel 5 Absatz 2 festgelegt, „keine Entscheidung des Ausschusses über die Zulässigkeit der Mitteilung oder in der Sache selbst“ bedeuten, sondern auch, dass diejenigen Maßnahmen, welche die tatsächliche Ausübung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte betreffen, im Einklang mit der progressiven Natur dieser Rechte durchzuführen sind.
 3. Die Regierung von Kolumbien erklärt, dass das Protokoll und die Empfehlungen des Ausschusses nicht so auszulegen sind, als verpflichteten sie Kolumbien, Straftaten gegen das Leben oder die persönliche Unversehrtheit zu entkriminalisieren.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. August 2006 (BGBl. II S. 916).

Berlin, den 26. Februar 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form
von Diskriminierung der Frau**

Vom 27. Februar 2008

I.

Das Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II S. 647) ist nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Brunei Darussalam	am	23. Juni 2006
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Vorbehalte		
Cookinseln	am	10. September 2006
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Vorbehalte		
Marshallinseln	am	1. April 2006
Monaco	am	17. April 2005
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Erklärungen und Vorbehalte		
Oman	am	9. März 2006
nach Maßgabe der unter III. abgedruckten Vorbehalte.		

II.

Montenegro hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 23. Oktober 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Übereinkommen gebunden betrachtet.

III.

Vorbehalte und Erklärungen

Brunei Darussalam hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 24. Mai 2006 nachstehende Vorbehalte notifiziert:

(Übersetzung)

Reservations

„The Government of Brunei Darussalam expresses its reservations regarding those provisions of the said Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam, the official religion of Brunei Darussalam and, without prejudice to the generality of the said reservations, expresses its reservations regarding paragraph 2 of Article 9 and paragraph 1 of Article 29 of the Convention.“

Vorbehalte

„Die Regierung von Brunei Darussalam bringt ihre Vorbehalte zu den Bestimmungen des genannten Übereinkommens zum Ausdruck, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam, der Staatsreligion Brunei Darussalams, stehen, und bringt ferner unbeschadet der Allgemeingültigkeit der genannten Vorbehalte ihre Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 29 Absatz 1 des Übereinkommens zum Ausdruck.“

Die Cookinseln haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 11. August 2006 nachstehende Vorbehalte notifiziert:

(Übersetzung)

Reservations

„The Government of the Cook Islands reserves the right not to apply the provisions of Article 11 (2) (b).“

The Government of the Cook Islands reserves the right not to apply the provisions

Vorbehalte

„Die Regierung der Cookinseln behält sich das Recht vor, Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe b nicht anzuwenden.“

Die Regierung der Cookinseln behält sich das Recht vor, die Bestimmungen des

of the Convention in so far as they are inconsistent with policies relating to recruitment into or service in:

- (a) The armed forces which reflect either directly or indirectly the fact that members of such forces are required to serve on armed forces aircraft or vessels and in situations involving armed combat; or
- (b) The law enforcement forces which reflect either directly or indirectly the fact that members of such forces are required to serve in situations involving violence or threat of violence.

The Government of the Cook Islands reserves the right not to apply Article 2 (f) and Article 5 (a) to the extent that the customs governing the inheritance of certain Cook Islands chiefly titles may be inconsistent with those provisions."

Übereinkommens insoweit nicht anzuwenden, als sie unvereinbar sind mit den Grundsätzen bezüglich

- a) der Rekrutierung für die Streitkräfte oder den Dienst in den Streitkräften, die direkt oder indirekt die Tatsache widerspiegeln, dass die Mitglieder dieser Streitkräfte zum Dienst an Bord von Luftfahrzeugen oder Schiffen der Streitkräfte sowie in Situationen, in denen es zu Kampfhandlungen kommt, verpflichtet sind, oder
- b) der Rekrutierung für die Ordnungskräfte oder den Dienst bei den Ordnungskräften, die direkt oder indirekt die Tatsache widerspiegeln, dass die Mitglieder dieser Ordnungskräfte zum Dienst in Situationen, in denen es zu Gewalt oder zur Androhung von Gewalt kommt, verpflichtet sind.

Die Regierung der Cookinseln behält sich das Recht vor, Artikel 2 Buchstabe f und Artikel 5 Buchstabe a insoweit nicht anzuwenden, als die Gepflogenheiten, die für die Vererbung bestimmter Häuptlingstitel der Cookinseln maßgeblich sind, mit diesen Bestimmungen unvereinbar sind."

Monaco hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 18. März 2005 nachstehende Erklärungen und Vorbehalte notifiziert:

(Übersetzung)

Déclarations

- «1. L'application de la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes n'affecte pas la validité des conventions conclues avec la France.
2. La Principauté de Monaco considère que la Convention a pour objectifs d'éliminer toute discrimination à l'égard des femmes et de garantir à tout individu, indépendamment de son sexe, l'égalité devant la loi dès lors que lesdits objectifs sont en accord avec les principes prescrits par sa Constitution.
3. La Principauté de Monaco déclare qu'aucune disposition de la Convention ne doit être interprétée comme faisant obstacle aux dispositions de la législation et de la réglementation monégasques qui sont plus favorables aux femmes qu'aux hommes.»

Réserves

- «1. La ratification de la Convention par la Principauté de Monaco n'aura pas d'effet sur les dispositions constitutionnelles régissant la succession au Trône.
2. La Principauté de Monaco se réserve le droit de ne pas appliquer les dispositions de l'alinéa b de l'article 7 de la Convention en matière de recrutement dans la force publique.
3. La Principauté de Monaco ne se considère pas liée à l'égard des dispositions

Erklärungen

- „1. Die Anwendung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau berührt nicht die Gültigkeit der mit Frankreich geschlossenen Übereinkünfte.
2. Das Fürstentum Monaco ist der Auffassung, dass das Übereinkommen darauf abzielt, jede Diskriminierung der Frau zu beseitigen und jeder Person, unabhängig von ihrem Geschlecht, die Gleichheit vor dem Gesetz zu garantieren, soweit die genannten Ziele in Übereinstimmung mit den in seiner Verfassung festgelegten Grundsätzen stehen.
3. Das Fürstentum Monaco erklärt, dass die Bestimmungen des Übereinkommens nicht so ausgelegt werden dürfen, als stünden sie monegassischen Gesetzen und sonstigen Vorschriften entgegen, die für Frauen günstiger sind als für Männer.“

Vorbehalte

- „1. Die Ratifikation des Übereinkommens durch das Fürstentum Monaco lässt die Bestimmungen der Verfassung, in denen die Thronfolge geregelt ist, unberührt.
2. Das Fürstentum Monaco behält sich das Recht vor, Artikel 7 Buchstabe b des Übereinkommens bei der Einstellung von Personal für die die öffentliche Gewalt ausübenden Organe nicht anzuwenden.
3. Das Fürstentum Monaco sieht sich durch die Bestimmungen des Artikels 9,

- de l'article 9 qui ne sont pas compatibles avec les dispositions de sa législation relatives à la nationalité.
4. La Principauté de Monaco ne se considère pas liée par l'alinéa g du paragraphe 1 de l'article 16 en ce qui concerne le droit au choix du nom de famille.
5. La Principauté de Monaco ne se considère pas liée par l'alinéa e du paragraphe 1 de l'article 16 dans la mesure où celui-ci peut être interprété comme imposant de légaliser l'avortement et la stérilisation.
6. La Principauté de Monaco se réserve le droit de continuer à appliquer sa législation en matière de sécurité sociale qui, dans certaines circonstances, prévoit le paiement de certaines prestations au chef de foyer qui, selon cette législation, est présumé être le mari.
7. La Principauté de Monaco déclare, conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'article 29, qu'elle ne se considère pas liée par les dispositions du paragraphe premier de cet article.»
- die mit seinen Rechtsvorschriften über die Staatsangehörigkeit nicht vereinbar sind, nicht als gebunden an.
4. Das Fürstentum Monaco sieht sich durch Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe g hinsichtlich des Rechts auf Wahl des Familiennamens nicht als gebunden an.
5. Das Fürstentum Monaco sieht sich durch Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe e insoweit nicht als gebunden an, als dieser dahin gehend ausgelegt werden kann, als schreibe er vor, Abtreibung und Sterilisierung zu legalisieren.
6. Das Fürstentum Monaco behält sich das Recht vor, seine Rechtsvorschriften über die soziale Sicherheit weiterhin anzuwenden, die unter bestimmten Voraussetzungen die Zahlung bestimmter Leistungen an den Haushaltsvorstand vorsehen, von dem nach diesen Rechtsvorschriften angenommen wird, dass er der Ehemann ist.
7. Das Fürstentum Monaco erklärt nach Artikel 29 Absatz 2, dass es sich durch Absatz 1 jenes Artikels nicht als gebunden ansieht.“

Oman hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 7. Februar 2006 nachstehende Vorbehalte notifiziert:

(Übersetzung)

- | Reservations (Translation) (Original: Arabic) | Vorbehalte (Übersetzung) (Original: Arabisch) |
|---|--|
| „1. All provisions of the Convention not in accordance with the provisions of the Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman; | „1. [In Bezug auf] alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen; |
| 2. Article 9, paragraph 2, which provides that States Parties shall grant women equal rights with men with respect to the nationality of their children; | 2. [in Bezug auf] Artikel 9 Absatz 2, der vorsieht, dass die Vertragsstaaten Frauen die gleichen Rechte wie Männern im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder gewähren; |
| 3. Article 15, paragraph 4, which provides that States Parties shall accord to men and women the same rights with regard to the law relating to the movement of persons and the freedom to choose their residence and domicile; | 3. [in Bezug auf] Artikel 15 Absatz 4, der vorsieht, dass die Vertragsstaaten Männern und Frauen die gleichen Rechte hinsichtlich der Rechtsvorschriften über die Freizügigkeit und die freie Wahl ihres Aufenthaltsorts und ihres Wohnsitzes gewähren; |
| 4. Article 16, regarding the equality of men and women, and in particular subparagraphs (a), (c), and (f) (regarding adoption). | 4. [in Bezug auf] Artikel 16 hinsichtlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau, insbesondere dessen Buchstaben a, c und f (in Bezug auf Adoption). |
| 5. The Sultanate is not bound by article 29, paragraph 1, regarding arbitration and the referral to the International Court of Justice of any dispute between two or more States which is not settled by negotiation.“ | 5. Das Sultanat ist nicht durch Artikel 29 Absatz 1 gebunden, in dem es um Schiedsverfahren und die Vorlage einer Streitigkeit zwischen zwei oder mehr [Vertrags]Staaten, die nicht auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden kann, beim Internationalen Gerichtshof geht.“ |

IV.

Einsprüche

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Einsprüche gegen die von Brunei Darussalam angebrachten Vorbehalte notifiziert:

Belgien am 30. April 2007:

(Übersetzung)

«La Belgique a examiné attentivement la réserve formulée par le Brunei Darussalam lors de son adhésion le 24/5/2006 à la Convention sur l'Élimination de toutes les Formes de Discrimination à l'égard des Femmes (New York, 18/12/1979). La Belgique constate que la réserve formulée à l'égard de l'article 9 (2) porte sur une disposition fondamentale de la Convention, et est donc incompatible avec l'objet et le but de celle-ci.

Par ailleurs, ladite réserve a pour effet de subordonner l'application des dispositions de la Convention à leur compatibilité avec la Constitution du Brunei Darussalam ainsi qu'avec les croyances et principes de l'Islam, religion officielle du Brunei Darussalam. Il en résulte une incertitude quant à l'étendue des obligations de la Convention que le Brunei Darussalam entend respecter et crée un doute sur le respect par le Brunei Darussalam du but et de l'objectif de la Convention.

La Belgique rappelle qu'aux termes de l'article 28 (2) de la Convention précitée, aucune réserve incompatible avec le but et l'objectif du traité n'est autorisée. Il est de l'intérêt commun des États que toutes les parties respectent les traités auxquels elles ont adhéré et que les États soient disposés à entreprendre tous les amendements législatifs nécessaires aux fins de se conformer aux obligations des traités. En vertu du droit international coutumier, tel que codifié par la Convention de Vienne sur le Droit des Traités, une réserve incompatible avec l'objet et le but d'un traité n'est pas permise (article 19 c.).

En conséquence, la Belgique émet une objection à la réserve formulée par le Brunei Darussalam à l'égard de la Convention sur l'Élimination de toutes les formes de Discrimination à l'égard des Femmes. Cette objection ne porte pas atteinte à l'entrée en vigueur de ladite Convention entre le Royaume de Belgique et le Brunei Darussalam. Cette entrée en vigueur vaut pour l'entièreté de la Convention sans accorder au Brunei Darussalam le bénéfice des effets de sa réserve.»

Dänemark am 6. Oktober 2006:

(Übersetzung)

“The Government of Denmark has examined the reservations made by the Government of Brunei Darussalam upon accession to the Convention on the Elimina-

„Belgien hat den von Brunei Darussalam bei seinem Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. 12. 1979) am 24. 05. 2006 angebrachten Vorbehalt geprüft. Belgien stellt fest, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 eine grundlegende Bestimmung des Übereinkommens betrifft und somit unvereinbar mit dessen Ziel und Zweck ist.

Ferner bewirkt der genannte Vorbehalt, dass die Anwendung des Übereinkommens von seiner Vereinbarkeit mit der Verfassung von Brunei Darussalam sowie den Glaubens- und Grundsätzen des Islam, der Staatsreligion Brunei Darussalams, abhängig gemacht wird. Dies hat Ungewissheit darüber zur Folge, in welchem Umfang Brunei Darussalam die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen gedenkt, und weckt Zweifel daran, ob Brunei Darussalam Ziel und Zweck des Übereinkommens achtet.

Belgien erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des genannten Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Vertrags unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass alle Vertragsparteien die Verträge, denen sie beigetreten sind, einhalten und dass die Staaten bereit sind, alle notwendigen Änderungen ihrer Rechtsvorschriften vorzunehmen, um die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es durch das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, ist ein mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig (Artikel 19 Buchstabe c).

Folglich erhebt Belgien Einspruch gegen den von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt. Dieser Einspruch beeinträchtigt nicht das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich Belgien und Brunei Darussalam. Dieses Inkrafttreten gilt für das Übereinkommen in seiner Gesamtheit, ohne dass Brunei Darussalam zugestanden wird, Nutzen aus seinem Vorbehalt zu ziehen.“

tion of all Forms of Discrimination Against Women regarding article 9 (2) and all provisions of the Convention not in accordance with the principles of Islam.

The Government of Denmark finds that the general reservation made by the Government of Brunei Darussalam with reference to the principles of Islam is of unlimited scope and undefined character. The Government of Denmark furthermore notes that the reservation to article 9 (2) would inevitably result in the discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention. Consequently, the Government of Denmark considers the said reservations to be incompatible with the object and purpose of the Convention and accordingly inadmissible and without effect under international law.

The Government of Denmark wishes to recall that, according to article 28 (2) of the Convention, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Denmark therefore objects to the aforementioned reservations made by the Government of Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women. This shall not preclude the entry into force of the Convention in its entirety between Brunei Darussalam and Denmark.

The Government of Denmark recommends the Government of Brunei Darussalam to reconsider its reservations to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women."

der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2 und allen nicht im Einklang mit den Grundsätzen des Islam stehenden Bestimmungen des Übereinkommens geprüft.

Die Regierung von Dänemark ist der Ansicht, dass der von der Regierung von Brunei Darussalam in Bezug auf die Grundsätze des Islam angebrachte allgemeine Vorbehalt einen unbegrenzten Umfang hat und unbestimmter Natur ist. Die Regierung von Dänemark stellt ferner fest, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 unweigerlich zu einer mit dem Geschlecht begründeten Diskriminierung der Frau führen würde, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht. Folglich vertritt die Regierung von Dänemark die Auffassung, dass die genannten Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar und somit nach dem Völkerrecht unzulässig und ohne Wirkung sind.

Die Regierung von Dänemark möchte daran erinnern, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung von Dänemark erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte. Dies schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen Brunei Darussalam und Dänemark nicht aus.

Die Regierung von Dänemark empfiehlt der Regierung von Brunei Darussalam, ihre Vorbehalte zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu überdenken."

Deutschland am 19. Dezember 2006:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die von Brunei Darussalam am 24. Mai 2006 anlässlich seines Beitritts zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft. Danach betrachtet sich Brunei Darussalam durch Bestimmungen des Übereinkommens nicht gebunden, die im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu Überzeugungen und Prinzipien des Islams stehen und schließt zugleich eine Bindung an Artikel 9 Abs. 2 des Übereinkommens aus.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, dass Brunei Darussalam dadurch, dass es die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens den Überzeugungen und Prinzipien des Islams und dem eigenen geltenden Verfassungsrecht unterordnet, einen Vorbehalt einlegt, der nicht mehr klar erkennen lässt, inwieweit sich Brunei Darussalam an die Verpflichtungen des Übereinkommens gebunden fühlt und der mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar ist. Darüber hinaus führt der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 zwangsläufig zu einer Frauen diskriminierenden Rechtssituation, die mit dem Ziel und Zweck des Übereinkommens nicht zu vereinbaren ist.

Gemäß Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sind Vorbehalte, die mit dem Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar sind, unzulässig.

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt deshalb Einspruch gegen die vorgenannten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des vorgenannten Übereinkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Brunei Darussalam nicht aus."

Estland am 4. Dezember 2006:

(Übersetzung)

"The Government of the Republic of Estonia has carefully examined the reserva-

„Die Regierung der Republik Estland hat die von der Regierung von Brunei Darussa-

tions made by the Government of Brunei Darussalam to Article 9, paragraph 2 of the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women.

The reservation to Article 9, paragraph 2, if put into practice, would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention.

Furthermore, the reservation made by Brunei Darussalam makes a general reference to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam. The Government of Estonia is of the view that in the absence of further clarification, the reservation makes it unclear to what extent the State of Brunei Darussalam considers itself bound by the obligations of the Convention and therefore raises concerns as to the commitment of the State of Brunei Darussalam to the object and purpose of the Convention.

According to Article 28, paragraph 2 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Estonia therefore objects to the reservation to Article 9, paragraph 2, and to the general reservation regarding the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam, made by the Government of Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women as between the Republic of Estonia and the State of Brunei Darussalam.”

Finland am 27. Februar 2007:

“The Government of Finland has carefully examined the contents of the general reservation made by the Government of Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and the specific reservation concerning paragraph 2 of Article 9 of the Convention.

The Government of Finland recalls that by acceding to the Convention, a State commits itself to adopt the measures required for the elimination of discrimination, in all its forms and manifestations, against women.

The Government of Finland notes that a reservation which consists of a general reference to religious or other national law without specifying its contents does not clearly define to other Parties to the Convention the extent to which the reserving State commits itself to the Convention and creates serious doubts as to the commitment of the receiving State to fulfil its obli-

lam zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die Umsetzung des Vorbehalts zu Artikel 9 Absatz 2 würde unweigerlich zu einer Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts führen, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Ferner enthält der von Brunei Darussalam angebrachte Vorbehalt einen allgemeinen Verweis auf die Verfassung von Brunei Darussalam sowie auf die Glaubens- und Grundsätze des Islam. Die Regierung von Estland ist der Ansicht, dass aus dem Vorbehalt ohne weitere Klarstellung nicht hervorgeht, in welchem Umfang sich der Staat Brunei Darussalam durch die Verpflichtungen des Übereinkommens als gebunden betrachtet, und er daher Bedenken bezüglich der Verpflichtung des Staates Brunei Darussalam in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens weckt.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ist ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig.

Die Regierung von Estland erhebt daher Einspruch gegen den von der Regierung von Brunei Darussalam zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt sowie gegen den allgemeinen Vorbehalt betreffend die Verfassung von Brunei Darussalam und die Glaubens- und Grundsätze des Islam.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zwischen der Republik Estland und dem Staat Brunei Darussalam nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Finnland hat den Inhalt des von der Regierung von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten allgemeinen Vorbehalts sowie des besonderen Vorbehalts zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens sorgfältig geprüft.

Die Regierung von Finnland erinnert daran, dass sich ein Staat durch den Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung jeder Form und Erscheinungsweise der Diskriminierung der Frau zu ergreifen.

Die Regierung von Finnland stellt fest, dass ein Vorbehalt, der aus einem allgemeinen Verweis auf das religiöse oder sonstige innerstaatliche Recht ohne genaue Angabe seines Inhalts besteht, für die anderen Vertragsparteien des Übereinkommens nicht deutlich macht, inwieweit sich der den Vorbehalt anbringende Staat dem Übereinkommen verpflichtet fühlt, und ernsthafte

gations under the Convention. Such reservations are, furthermore, subject to the general principle of treaty interpretation according to which a party may not invoke the provisions of its domestic law as justification for a failure to perform its treaty obligations.

The Government of Finland also notes that the specific reservation made by Brunei Darussalam concerning paragraph 2 of Article 9 aims to exclude one of the fundamental obligations under the Convention and is therefore in contradiction with the object and purpose of the Convention.

The Government of Finland also recalls Part VI, Article 28 of the Convention, according to which reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

The Government of Finland therefore objects to the above-mentioned reservation made by the Government of Brunei Darussalam to the Convention. This objection does not preclude the entry into force of the Convention between Brunei Darussalam and Finland. The Convention will thus become operative between the two States without Brunei Darussalam benefiting from its reservation."

Zweifel an dem Willen des den Vorbehalt anbringenden Staates weckt, seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen. Solche Vorbehalte unterliegen zudem dem allgemeinen Grundsatz der Vertragsauslegung, dem zufolge sich eine Vertragspartei nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen darf, um zu rechtfertigen, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Die Regierung von Finnland stellt ferner fest, dass der von Brunei Darussalam zu Artikel 9 Absatz 2 angebrachte besondere Vorbehalt darauf abzielt, eine der wesentlichen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen auszuschließen, und daher im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Die Regierung von Finnland verweist darüber hinaus auf Teil VI Artikel 28 des Übereinkommens, dem zufolge mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung von Finnland erhebt daher Einspruch gegen den genannten von der Regierung von Brunei Darussalam zu dem Übereinkommen angebrachten Vorbehalt. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Brunei Darussalam und Finnland nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass Brunei Darussalam einen Nutzen aus seinem Vorbehalt ziehen kann."

Frankreich am 13. Juni 2007:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement de la République française a examiné les réserves formulées par le Brunei Darussalam lors de l'adhésion à la Convention du 18 décembre 1979 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes. Le Gouvernement de la République française considère qu'en «exprimant» des réserves aux dispositions de la Convention «qui peuvent être contraires à sa Constitution et aux croyances et principes de l'Islam», Brunei Darussalam formule une réserve de portée générale et indéterminée qui ne permet pas aux autres Etats parties de savoir quelles dispositions de la Convention sont visées et qui est susceptible de priver les dispositions de la Convention de tout effet. Le Gouvernement de la République française considère que cette réserve est contraire à l'objet et au but de la Convention et y oppose une objection. Le Gouvernement de la République française fait également objection à la réserve formulée en particulier au sujet de l'article 9, paragraphe 2 de la Convention. Ces objections n'empêchent pas l'entrée en vigueur de la Convention entre la France et Brunei Darussalam.»

„Die Regierung der Französischen Republik hat die von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft. Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass Brunei Darussalam durch das ‚Zum-Ausdruck-Bringen‘ von Vorbehalten zu den Bestimmungen des Übereinkommens, ‚die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam [...] stehen‘, einen Vorbehalt allgemeiner und unbestimmter Art anbringt, bei dem die anderen Vertragsstaaten nicht wissen können, welche Bestimmungen des Übereinkommens betroffen sind, und der die Wirkung des Übereinkommens vollständig aufheben könnte. Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht, und erhebt dagegen Einspruch. Die Regierung der Französischen Republik erhebt ebenfalls Einspruch gegen den insbesondere zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalt. Diese Einsprüche schließen das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Frankreich und Brunei Darussalam nicht aus.“

Griechenland am 15. Juni 2007:

(Übersetzung)

„The Government of the Hellenic Republic consider that the reservation ‘regarding those provisions of the said Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam, the official religion of Brunei Darussalam’ is of unlimited scope and undefined character, while furthermore, subjects the application of the Convention to the constitutional law of Brunei Darussalam and the beliefs and principles of Islam. It is, therefore, incompatible with the object and purpose of the Convention.

Moreover, the Government of the Hellenic Republic consider that the reservation to article 9 par. 2 does not specify the extent of the derogation therefrom and, therefore, [is] incompatible with the object and purpose of the Convention.

The Government of the Hellenic Republic recall that, according to Article 28 paragraph 2 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

For these reasons, the Government of the Hellenic Republic object to the above-mentioned reservations formulated by Brunei Darussalam.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Greece and Brunei Darussalam.”

Irland am 19. Dezember 2006:

(Übersetzung)

„The Government of Ireland has examined the reservation made on 24 May 2006 by Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women at the time of its accession thereto.

The Government of Ireland notes that Brunei Darussalam subjects application of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam. The Government of Ireland is of the view that a reservation which consists of a general reference to religious law and to the Constitution of the reserving State and which does not clearly specify the provisions of the Convention to which it applies and the extent of the derogation therefrom, may cast doubts on the commitment of the reserving State to fulfil its obligations under the Convention. The Government of Ireland is furthermore of the view that such a general reservation may undermine the basis of international treaty law and is incompatible with the object and purpose of the Convention. The Government of Ireland recalls that according to Article 28, paragraph 2 of the Convention, a reservation incompatible

„Die Regierung der Hellenischen Republik ist der Auffassung, dass der Vorbehalt ‚zu den Bestimmungen des genannten Übereinkommens, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam, der Staatsreligion Brunei Darussalams, stehen‘, einen unbegrenzten Umfang hat und unbestimmter Natur ist und darüber hinaus die Anwendung des Übereinkommens dem Verfassungsrecht von Brunei Darussalam und den Glaubens- und Grundsätzen des Islam unterordnet. Er ist daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar.

Die Regierung der Hellenischen Republik ist ferner der Auffassung, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 nicht klar bestimmt, in welchem Umfang diese Bestimmungen unberücksichtigt bleiben, und daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist.

Die Regierung der Hellenischen Republik erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung der Hellenischen Republik Einspruch gegen die genannten von Brunei Darussalam angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Griechenland und Brunei Darussalam nicht aus.“

„Die Regierung von Irland hat den von Brunei Darussalam bei seinem Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau am 24. Mai 2006 angebrachten Vorbehalt geprüft.

Die Regierung von Irland stellt fest, dass Brunei Darussalam die Anwendung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der Verfassung von Brunei Darussalam sowie den Glaubens- und Grundsätzen des Islam unterordnet. Die Regierung von Irland ist der Auffassung, dass ein Vorbehalt, der aus einem allgemeinen Verweis auf das religiöse Recht und die Verfassung des den Vorbehalt anbringenden Staates besteht und der nicht klar bestimmt, auf welche Bestimmungen des Übereinkommens er Anwendung findet und in welchem Umfang diese unberücksichtigt bleiben, Zweifel an der Verpflichtung des den Vorbehalt anbringenden Staates wecken kann, seine Pflichten aus dem Übereinkommen zu erfüllen. Die Regierung von Irland ist ferner der Auffassung, dass ein solcher allgemeiner Vorbehalt die Grundlage des Völkerrechts untergraben kann und mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar

with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Ireland further considers that the reservation made with respect to Article 9, paragraph 2 is incompatible with the object and purpose of the Convention.

The Government of Ireland therefore objects to the aforesaid reservations made by the Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Ireland and Brunei Darussalam."

Italien am 15. Juni 2007:

"... the Government of Italy has carefully examined the reservations made by Brunei Darussalam on 24 May 2006 upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women of 18 December 1979. The reservations state that Brunei Darussalam does not consider itself bound by provisions of the Convention that are contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam, in particular Article 9 (2) of the Convention.

The Government of Italy is of the opinion that by giving precedence to the beliefs and principles of Islam and its own constitutional law over the application of the provisions of the Convention, Brunei Darussalam has made a reservation which leaves it unclear to what extent it feels bound by the obligations of the Convention and which is incompatible with the object and purpose of the Convention. Furthermore, the reservation to Article 9 (2) will unavoidably result in a legal situation that discriminates against women, which is incompatible with the object and purpose of the Convention. Pursuant to Article 28 (2) of the Convention, reservations that are incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Italy therefore objects to the above-mentioned reservations. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Italy and Brunei Darussalam."

Kanada am 14. Juni 2007:

(Original: English and French)

"Canada has carefully examined the reservation formulated by Brunei Darussalam when it acceded, on 24 May 2006, to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women,

ist. Die Regierung von Irland erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Die Regierung von Irland ist ferner der Auffassung, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist.

Die Regierung von Irland erhebt daher Einspruch gegen die genannten von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Irland und Brunei Darussalam nicht aus."

(Übersetzung)

"... Die Regierung von Italien hat die von Brunei Darussalam am 24. Mai 2006 beim Beitritt zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft. Die Vorbehalte besagen, dass Brunei Darussalam sich durch die Bestimmungen des Übereinkommens, die im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam stehen, und insbesondere durch Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens nicht als gebunden betrachtet.

Die Regierung von Italien vertritt die Auffassung, dass Brunei Darussalam dadurch, dass es den Glaubens- und Grundsätzen des Islam und dem eigenen Verfassungsrecht Vorrang vor der Anwendung des Übereinkommens eingeräumt hat, einen Vorbehalt angebracht hat, der unklar lässt, in welchem Umfang es sich durch die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen als gebunden betrachtet, und der mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist. Darüber hinaus wird der zu Artikel 9 Absatz 2 angebrachte Vorbehalt unvermeidlich zu einer Rechtslage führen, die Frauen diskriminiert, was mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist. Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sind mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig.

Die Regierung von Italien erhebt daher Einspruch gegen die genannten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Italien und Brunei Darussalam nicht aus."

(Übersetzung)

(Original: Englisch und Französisch)

"Kanada hat den von Brunei Darussalam beim am 24. Mai 2006 erfolgten Beitritt zum am 18. Dezember 1979 in New York angenommenen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung

adopted in New York on 18 December 1979.

Canada notes that the reservation formulated with respect to article 9, paragraph 2, concerns a fundamental provision of the Convention and is therefore incompatible with the object and purpose of that instrument.

In addition, the reservation makes the implementation of the Convention's provisions contingent upon their compatibility with the Constitution of Brunei Darussalam and the beliefs and principles of Islam, the official religion of Brunei Darussalam. The Government of Canada notes that such general reservation of unlimited scope and undefined character does not clearly define for the other States Parties to the Convention the extent to which Brunei Darussalam has accepted the obligations of the Convention and creates serious doubts as to the commitment of the State to fulfil its obligations under the Convention. Accordingly, the Government of Canada considers this reservation to be incompatible with the object and purpose of the Convention.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become party are respected, as to their object and purpose by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

Canada recalls that, under article 28, paragraph 2, of the Convention, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

Under customary international law, as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, a reservation incompatible with the object and purpose of a treaty is not permitted.

In consequence, Canada objects to the reservation formulated by Brunei Darussalam with respect to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Canada and Brunei Darussalam. The Convention shall enter into force in its entirety, without Brunei Darussalam benefiting from its reservation."

Lettland am 6. Dezember 2006:

"The Government of the Republic of Latvia has carefully examined the reservations made by the Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women upon accession to the Convention regarding paragraph 2 of Article 9, paragraph 1 of Article 29.

The Government of the Republic of Latvia considers that the aim of the said

der Frau angebrachten Vorbehalt sorgfältig geprüft.

Kanada stellt fest, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 eine grundlegende Bestimmung des Übereinkommens betrifft und daher mit Ziel und Zweck der Übereinkunft unvereinbar ist.

Außerdem macht der Vorbehalt die Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens von ihrer Vereinbarkeit mit der Verfassung von Brunei Darussalam und den Glaubens- und Grundsätzen des Islam, der Staatsreligion Brunei Darussalams, abhängig. Die Regierung von Kanada stellt fest, dass ein solch allgemeiner Vorbehalt unbegrenzten Umfangs und unbestimmter Natur für die anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens nicht deutlich macht, in welchem Umfang Brunei Darussalam die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen hat, und daher ernsthafte Zweifel an dem Willen dieses Staates weckt, seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen. Demzufolge betrachtet die Regierung von Kanada diesen Vorbehalt als unvereinbar mit Ziel und Zweck des Übereinkommens.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden, und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Kanada verweist darauf, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge niedergelegt ist, ist ein Vorbehalt, der mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbar ist, nicht zulässig.

Folglich erhebt Kanada Einspruch gegen den von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Kanada und Brunei Darussalam nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit in Kraft, ohne dass Brunei Darussalam einen Nutzen aus seinem Vorbehalt ziehen kann."

(Übersetzung)

„Die Regierung der Republik Lettland hat die von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 29 Absatz 1 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die Regierung der Republik Lettland ist der Auffassung, dass das Ziel des genann-

Convention is to grant the equality between men and women and therefore the distinction between genders regarding the rights to determin[e] the nationality of children is not in accordance with the aim of the said convention.

Moreover, the reservation made by the Brunei Darussalam regarding paragraph 1 of Article 29 is in accordance with the Convention and general principles of international law, because any state may declare that it is not bound by some mechanism of settlement of disputes.

The Government of the Republic of Latvia recalls Article 28 of the Convention setting out that reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

The Government of the Republic of Latvia, therefore, objects to the aforesaid reservation made by the Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

However, this objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Latvia and the Brunei Darussalam. Thus, the Convention will become operative without the Brunei Darussalam benefiting from its reservation."

Die Niederlande am 11. April 2007:

"The Government of the Kingdom of the Netherlands has examined the reservations made by Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. The Government of the Kingdom of the Netherlands considers that the reservation with respect to article 9, paragraph 2, of the Convention is a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention.

Furthermore, the Government of the Kingdom of the Netherlands considers that with the first reservation the application of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women is made subject to the beliefs and principles of Islam and the provisions of constitutional law in force in Brunei Darussalam. This makes it unclear to what extent Brunei Darussalam considers itself bound by the obligations of the Convention and therefore raises concerns as to the commitment of Brunei Darussalam to the object and purpose of the Convention.

The Government of the Kingdom of the Netherlands recalls that, according to paragraph 2 of article 28 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to be-

ten Übereinkommens darin besteht, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu gewährleisten; eine Unterscheidung zwischen den Geschlechtern in Bezug auf das Recht, die Staatsangehörigkeit der Kinder zu bestimmen, steht daher nicht im Einklang mit dem Ziel des genannten Übereinkommens.

Im Übrigen steht der Vorbehalt von Brunei Darussalam zu Artikel 29 Absatz 1 im Einklang mit dem Übereinkommen und den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts, da jeder Staat erklären kann, dass er durch bestimmte Formen der Beilegung von Streitigkeiten nicht gebunden ist.

Die Regierung der Republik Lettland erinnert daran, dass nach Artikel 28 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung der Republik Lettland erhebt daher Einspruch gegen den genannten von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt.

Dieser Einspruch schließt jedoch das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Lettland und Brunei Darussalam nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit in Kraft, ohne dass Brunei Darussalam einen Nutzen aus seinem Vorbehalt ziehen kann."

(Übersetzung)

„Die Regierung des Königreichs der Niederlande hat die von Brunei Darussalam angebrachten Vorbehalte zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau geprüft. Die Regierung des Königreichs der Niederlande ist der Auffassung, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens einen mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbaren Vorbehalt darstellt.

Überdies ist die Regierung des Königreichs der Niederlande der Auffassung, dass mit dem ersten Vorbehalt die Anwendung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau den Glaubens- und Grundsätzen des Islam und dem in Brunei Darussalam geltenden Verfassungsrecht untergeordnet wird. Dadurch ist unklar, in welchem Umfang Brunei Darussalam sich als durch seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen gebunden betrachtet, und es werden Bedenken bezüglich der Verpflichtung von Brunei Darussalam in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens geweckt.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragspar-

come party are respected, as to their object and purpose, by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of the Kingdom of the Netherlands therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Kingdom of the Netherlands and Brunei.”

Norwegen am 21. März 2007:

“The Government of Norway has examined the reservations made by the Government of Brunei Darussalam upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (New York, 18 December 1979).

In the view of the Government of Norway, a statement by which a State Party purports to limit its responsibilities under the Convention by invoking general principles of internal or religious law may create doubts about the commitment of the reserving State to the object and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international treaty law. Under well-established international treaty law, a State is not permitted to invoke internal law as a justification for its failure to perform its treaty obligations. For these reasons, the Government of Norway objects to the reservation made by the Government of Brunei Darussalam.

This objection does not preclude the entry into force in its entirety of the Convention between the Kingdom of Norway and Brunei Darussalam. The Convention thus becomes operative between Norway and Brunei Darussalam without Brunei Darussalam benefiting from the said reservations.”

Österreich am 18. Dezember 2006:

“The Government of Austria has examined the reservations made by the Government of Brunei Darussalam upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

The Government of Austria finds that the reservation to article 9, paragraph 2 would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex. This is contrary to the object and purpose of the Convention.

tei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich der Niederlande und Brunei Darussalam nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Norwegen hat die von der Regierung von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte geprüft.

Nach Auffassung der Regierung von Norwegen kann eine Erklärung, mit der ein Vertragsstaat versucht, seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen durch Berufung auf allgemeine Grundsätze des innerstaatlichen oder religiösen Rechts zu beschränken, Zweifel an der Verpflichtung des den Vorbehalt anbringenden Staates in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken und darüber hinaus dazu beitragen, die Grundlage des Völkervertragsrechts zu untergraben. Nach den anerkannten Grundsätzen des Völkervertragsrechts darf sich ein Staat zur Rechtfertigung der Nichterfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen nicht auf sein innerstaatliches Recht berufen. Aus diesen Gründen erhebt die Regierung von Norwegen Einspruch gegen den von der Regierung von Brunei Darussalam angebrachten Vorbehalt.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen dem Königreich Norwegen und Brunei Darussalam nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen Norwegen und Brunei Darussalam in Kraft, ohne dass Brunei Darussalam einen Nutzen aus den genannten Vorbehalten ziehen kann.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Österreich hat die von der Regierung von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung von Österreich ist der Ansicht, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 unweigerlich zu einer Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts führen würde. Dies steht im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens.

The Government of Austria further considers that, in the absence of further clarification, the reservation 'regarding those provisions of the said Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam' does not clearly specify its extent and therefore raises doubts as to the degree of commitment assumed by Brunei Darussalam in becoming a party to the Convention.

The Government of Austria would like to recall that, according to article 28, paragraph 2 of the Convention as well as customary international law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, a reservation incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose, by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

For these reasons, the Government of Austria objects to the aforementioned reservations made by Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This position however does not preclude the entry into force in its entirety of the Convention between Brunei Darussalam and Austria."

Polen am 7. Juni 2007:

(Original: English and Polish)

"The Government of the Republic of Poland has examined the reservations made by Brunei Darussalam upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, adopted by General Assembly of the United Nations on December 18, 1979, regarding article 9 paragraph 2 and those provisions of the Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam.

The Government of the Republic of Poland considers that the reservations made by the Brunei Darussalam are incompatible with the object and purpose of the Convention which guarantees equal rights of women and men to exercise their economic, social, cultural, civil, and political rights. The Government of the Republic of Poland therefore considers that, according to article 19 (c) of the Vienna Convention on the Law of Treaties, done at Vienna on 23 May 1969, as well as article 28 (2) of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, reserva-

Die Regierung von Österreich ist ferner der Auffassung, dass aus dem Vorbehalt 'zu den Bestimmungen des genannten Übereinkommens [...], die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam [...] stehen' ohne weitere Klarstellung sein Umfang nicht eindeutig hervorgeht und dass er daher Zweifel an dem Maß der Verpflichtung weckt, die Brunei Darussalam übernommen hat, als es Vertragspartei des Übereinkommens wurde.

Die Regierung von Österreich möchte daran erinnern, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sowie nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, ein mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung von Österreich Einspruch gegen die genannten von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Diese Haltung schließt jedoch das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen Brunei Darussalam und Österreich nicht aus."

(Übersetzung)

(Original: Englisch und Polnisch)

„Die Regierung der Republik Polen hat die von Brunei Darussalam beim Beitritt zum von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979 angenommenen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2 und den Bestimmungen des Übereinkommens, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam stehen, geprüft.

Die Regierung der Republik Polen ist der Auffassung, dass die von Brunei Darussalam angebrachten Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar sind, das die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung ihrer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte gewährleistet. Die Regierung der Republik Polen ist daher der Auffassung, dass Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbar sind, nach Artikel 19 Buchstabe c des am 23. Mai 1969 in Wien beschlossenen Wiener Übereinkommens über das Recht der

tions incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

Moreover, the Government of the Republic of Poland considers that by making a general reference to the 'beliefs and principles of Islam' without indicating the provisions of the Convention to which they apply, Brunei Darussalam does not specify the exact extent of the introduced limitations and thus does not define precisely enough the extent to which Brunei Darussalam has accepted the obligations under the Convention.

The Government of the Republic of Poland therefore objects to the aforementioned reservations made by Brunei Darussalam upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, adopted by General Assembly of the United Nations on 18 December 1979, regarding article 9 paragraph 2 and those provisions of the Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam.

This objection does not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Poland and Brunei Darussalam."

Portugal am 30. Januar 2007:

"... the Government of the Portuguese Republic has carefully examined the reservations made by the Government of Brunei Darussalam upon its accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW).

The reservation concerning the 'provisions of the said Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam, the official religion of Brunei Darussalam' is too general and vague and seeks to limit the scope of the Convention on a unilateral basis that is not authorised by it. Moreover, this reservation creates doubts as to the commitment of the reserving State to the object and purpose of the Convention and, moreover, contributes to undermining the basis of international law. It is in the common interest of all States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The reservation concerning article 9 (2) undermines a key provision of the Conven-

Verträge sowie nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau unzulässig sind.

Die Regierung der Republik Polen ist zudem der Auffassung, dass Brunei Darussalam durch einen allgemeinen Verweis auf die ‚Glaubens- und Grundsätze des Islam‘ ohne Angabe der Bestimmungen des Übereinkommens, auf welche sie Anwendung finden, nicht den genauen Umfang der angebrachten Einschränkungen bestimmt und somit nicht genau genug den Umfang deutlich macht, in dem Brunei Darussalam die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernimmt.

Die Regierung der Republik Polen erhebt daher Einspruch gegen die genannten von Brunei Darussalam beim Beitritt zum von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979 angenommenen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2 und den Bestimmungen des Übereinkommens, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam stehen.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Polen und Brunei Darussalam nicht aus."

(Übersetzung)

„... die Regierung der Portugiesischen Republik hat die von der Regierung von Brunei Darussalam beim Beitritt Brunei Darussalams zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Der Vorbehalt betreffend die ‚Bestimmungen des genannten Übereinkommens [...], die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam, der Staatsreligion Brunei Darussalams, stehen‘, ist zu allgemein und ungenau und zielt darauf ab, den Umfang des Übereinkommens auf einer einseitigen Grundlage zu begrenzen, was das Übereinkommen nicht zulässt. Ferner weckt dieser Vorbehalt Zweifel an der Verpflichtung des den Vorbehalt anbringenden Staates in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens und trägt darüber hinaus dazu bei, die Grundlage des Völkerrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse aller Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossenen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 untergräbt eine der wichtigsten Bestimmungen

tion concerning the elimination of discrimination against women on the basis of sex. This reservation is thus incompatible with the object and purpose of the Convention and is not permitted under article 28 (2) of the CEDAW.

The Government of the Portuguese Republic, therefore, objects to the above mentioned reservations made by the Government of Brunei Darussalam to the CEDAW.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Portugal and Brunei Darussalam.”

Rumänien am 8. Februar 2007:

„The Government of Romania has carefully considered the reservations made by Brunei Darussalam on 24 May 2006 upon accession to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (New York, 18 December 1979) and regards the reservation made to Article 9 para. 2 as incompatible with the object and purpose of the Convention, as, by its formulation, a certain form of discrimination against women is maintained and, implicitly, the inequality of rights between men and women is perpetuated.

Furthermore, the Government of Romania is of the opinion that the general reservation made by Brunei Darussalam subjects the application of the provisions of the Convention to their compatibility with the Islamic law and the fundamental law of this State. This reservation is, thus, problematic as it raises questions with regard to the actual obligations Brunei Darussalam understood to undertake by acceding to the Convention, and with regard to its commitment to the object and purpose of the Convention.

The Government of Romania recalls that, pursuant to Article 28 para. 2 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

Consequently, the Government of Romania objects to the aforementioned reservations made by Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention, in its entirety, between Romania and Brunei Darussalam.

The Government of Romania recommends to Brunei Darussalam to reconsider the reservations made to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women.”

des Übereinkommens in Bezug auf die Beseitigung der Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts. Dieser Vorbehalt ist daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar und nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens nicht zulässig.

Die Regierung der Portugiesischen Republik erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Portugal und Brunei Darussalam nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Rumänien hat die von Brunei Darussalam am 24. Mai 2006 beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft und ist der Auffassung, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist, da durch seine Formulierung eine bestimmte Form der Diskriminierung der Frau beibehalten wird und somit die Gleichberechtigung von Mann und Frau weiterhin nicht gewährleistet wird.

Ferner ist die Regierung von Rumänien der Auffassung, dass der von Brunei Darussalam angebrachte allgemeine Vorbehalt die Anwendung des Übereinkommens von seiner Vereinbarkeit mit dem islamischen Recht und der Verfassung dieses Staates abhängig macht. Dieser Vorbehalt ist somit problematisch, da er Fragen hinsichtlich der Verpflichtungen, die Brunei Darussalam durch den Beitritt zum Übereinkommen nach seinem Verständnis tatsächlich übernommen hat, und hinsichtlich seiner Verpflichtung in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens aufwirft.

Die Regierung von Rumänien erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Folglich erhebt die Regierung von Rumänien Einspruch gegen die genannten von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen Rumänien und Brunei Darussalam nicht aus.

Die Regierung von Rumänien empfiehlt Brunei Darussalam, seine zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu überdenken.“

Schweden am 12. Februar 2007:

(Übersetzung)

„The Government of Sweden has examined the reservations made by Brunei Darussalam on 24 May 2006 to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

The Government of Sweden notes that Brunei Darussalam gives precedence to the beliefs and principles of Islam and national legislation over the application of the provisions of the Convention. The Government of Sweden is of the view that this reservation which does not clearly specify the extent of Brunei Darussalam's derogation from the provisions in question raises serious doubt as to the commitment of Brunei Darussalam to the object and purpose of the Convention.

Furthermore, the Government of Sweden considers that, regarding the reservation made with respect to article 9 (2), if put into practice, would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention. It should be borne in mind that the principles of the equal rights of women and men and of non-discrimination on the basis of sex are set forth in the Charter of the United Nations as one of the purposes of the organization, as well as the Universal Declaration of Human Rights of 1948.

According to article 28 (2) of the Convention and to international customary law, as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted. It is in the common interest of States that treaties, to which they have chosen to become parties, are respected as to their object and purpose by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of Sweden therefore objects to the aforesaid reservations made by Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and considers them null and void.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Brunei Darussalam and Sweden. The convention enters into force in its entirety between the two States without Brunei Darussalam benefiting from its reservations.”

Die Slowakei am 11. Mai 2007:

(Übersetzung)

„The Government of Slovakia has carefully examined the content of the reservations made by the Brunei Darussalam upon its accession to the Convention on the

„Die Regierung von Schweden hat die von Brunei Darussalam am 24. Mai 2006 zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung von Schweden stellt fest, dass Brunei Darussalam den Glaubens- und Grundsätzen des Islam sowie dem innerstaatlichen Recht Vorrang vor der Anwendung des Übereinkommens einräumt. Die Regierung von Schweden ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt, der nicht klar darlegt, in welchem Umfang Brunei Darussalam die genannten Bestimmungen nicht berücksichtigt, ernsthafte Zweifel an der Verpflichtung Brunei Darussalams in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens weckt.

Ferner ist die Regierung von Schweden der Auffassung, dass die Umsetzung des Vorbehalts zu Artikel 9 Absatz 2 unweigerlich zu einer Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts führen würde, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Grundsätze der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts in der Charta der Vereinten Nationen als Ziele der Organisation festgeschrieben sowie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 niedergelegt sind.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens und nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, sind mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen die genannten von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte und betrachtet diese als nichtig.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Brunei Darussalam und Schweden nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass Brunei Darussalam einen Nutzen aus seinen Vorbehalten ziehen kann.“

„Die Regierung der Slowakei hat den Inhalt der von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Elimination of all Forms of Discrimination against Women (CEDAW).

The Government of Slovakia is of the opinion that the reservation containing the reference to the beliefs and principles of Islam is too general and raises serious doubt as to the commitment of Brunei Darussalam to the object and the purpose of the Convention.

Moreover, the Government of Slovakia considers that one of the aims of the Convention is to grant the equality between men and women with respect to determine the nationality of their children. Therefore it finds the reservation of Brunei Darussalam to paragraph 2 of article 9 of the Convention as undermining one of [the] key provisions of the Convention and is incompatible with its object and purpose. It is therefore inadmissible and shall be permitted, in accordance with paragraph 2 of article 28 of the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women.

For these reasons, the Government of Slovakia objects to the above mentioned reservations made by the Brunei Darussalam upon its accession to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Slovakia and the Brunei Darussalam. The Convention enters into force in its entirety between Slovakia and the Brunei Darussalam without the Brunei Darussalam benefiting from its reservations.”

angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die Regierung der Slowakei ist der Auffassung, dass der Vorbehalt, der einen Verweis auf die Glaubens- und Grundsätze des Islam enthält, zu allgemein ist und ernsthafte Zweifel an der Verpflichtung von Brunei Darussalam in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens weckt.

Darüber hinaus ist die Regierung der Slowakei der Auffassung, dass eines der Ziele des Übereinkommens darin besteht, die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Bezug auf das Recht, die Staatsangehörigkeit der Kinder zu bestimmen, zu gewährleisten. Deshalb ist sie der Ansicht, dass der von Brunei Darussalam zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens angebrachte Vorbehalt eine der wesentlichen Bestimmungen des Übereinkommens untergräbt und mit dessen Ziel und Zweck unvereinbar ist. Er ist daher unzulässig und wird nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau [nicht]*) zugelassen.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung der Slowakei Einspruch gegen die genannten von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Slowakei und Brunei Darussalam nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen der Slowakei und Brunei Darussalam in Kraft, ohne dass Brunei Darussalam einen Nutzen aus seinen Vorbehalten ziehen kann.“

*) Anm. d. Übers.: Im englischen Originaltext ist „nicht“ ausgelassen.

Spanien am 13. Juni 2007:

(Übersetzung)

(Original: Spanish)

“The Government of the Kingdom of Spain has examined the reservations made by Brunei Darussalam upon acceding to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women regarding all the provisions of the Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam, and regarding article 9.2 of the Convention.

The Government of the Kingdom of Spain believes that, by making the implementation of the provisions of the Convention subject to their compatibility with the Constitution of Brunei Darussalam and with the beliefs and principles of Islam, Brunei Darussalam has made a reservation which does not permit a clear determination of the extent to which it has accepted the obligations deriving from the Convention and that, consequently, the reservation raises doubts about the commitment of Brunei

(Original: Spanish)

„Die Regierung des Königreichs Spanien hat die von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu allen Bestimmungen des Übereinkommens, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam stehen, und zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens geprüft.

Die Regierung des Königreichs Spanien ist der Auffassung, dass Brunei Darussalam dadurch, dass es die Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens von ihrer Vereinbarkeit mit der Verfassung von Brunei Darussalam und den Glaubens- und Grundsätzen des Islam abhängig macht, einen Vorbehalt angebracht hat, der es nicht erlaubt, deutlich den Umfang zu bestimmen, in dem Brunei Darussalam die sich aus dem Übereinkommen ergebenden Pflichten übernimmt, und dass der Vorbe-

Darussalam to the object and purpose of the Convention.

Moreover, the reservation regarding article 9.2 would exempt Brunei Darussalam from its commitment in relation to an essential element of the Convention and allow the continuation of a situation of de jure discrimination against women on grounds of sex which is incompatible with the object and purpose of the Convention.

The Government of the Kingdom of Spain recalls that, under article 28.2 of the Convention, reservations that are incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

Accordingly, the Government of the Kingdom of Spain objects to the reservations made by Brunei Darussalam regarding those provisions of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam and regarding article 9.2 of the Convention.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Kingdom of Spain and Brunei Darussalam.”

Die Tschechische Republik am 18. April 2007:

(Übersetzung)

“The Government of the Czech Republic has examined the reservations made by the Government of Brunei Darussalam upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women regarding Article 9 paragraph 2 and those provisions of the Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam.

The Government of the Czech Republic notes that a reservation to a Convention which consists of a general reference to national law without specifying its contents does not clearly define for the other States Parties to the Convention the extent to which the reserving State has accepted the obligations of the Convention. Furthermore, the reservation made to Article 9 paragraph 2, if put into practice, would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose, by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties. According to Article 28 paragraph 2 of the Convention and according to customary international law as codified in the Vienna Con-

halt folglich Zweifel an der Verpflichtung Brunei Darussalams in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens weckt.

Ferner würde der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 Brunei Darussalam von seiner Verpflichtung hinsichtlich eines wesentlichen Bestandteils des Übereinkommens befreien und das Fortbestehen einer De-jure-Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts ermöglichen, was mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist.

Die Regierung des Königreichs Spanien verweist darauf, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung des Königreichs Spanien erhebt daher Einspruch gegen die von Brunei Darussalam angebrachten Vorbehalte zu den Bestimmungen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam stehen, und zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich Spanien und Brunei Darussalam nicht aus.“

„Die Regierung der Tschechischen Republik hat die von der Regierung von Brunei Darussalam beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2 und denjenigen Bestimmungen, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam stehen, geprüft.

Die Regierung der Tschechischen Republik stellt fest, dass ein zu einem Übereinkommen angebrachter Vorbehalt, der aus einer allgemeinen Bezugnahme auf innerstaatliches Recht besteht, ohne genau dessen Inhalte darzulegen, für die anderen Vertragsparteien des Übereinkommens nicht eindeutig bestimmt, in welchem Umfang der den Vorbehalt anbringende Staat die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen hat. Ferner würde die Umsetzung des Vorbehalts zu Artikel 9 Absatz 2 unweigerlich zu einer Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts führen, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen. Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens und nach dem Völkergewohnheitsrecht,

vention on the Law of Treaties, a reservation that is incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

The Government of the Czech Republic therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of Brunei Darussalam to the Convention. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Czech Republic and Brunei Darussalam. The Convention enters into force in its entirety between the Czech Republic and Brunei Darussalam, without Brunei Darussalam benefiting from its reservation.”

Ungarn am 24. April 2007:

(Übersetzung)

“The Government of the Republic of Hungary has examined the reservation made by the Brunei Darussalam on 24 May 2006 upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women of 18 December 1979. The reservation states that the Brunei Darussalam does not consider itself bound by Article 9 (2) of the Convention.

The Government of the Republic of Hungary is of the opinion that the reservation to Article 9 (2) will unavoidably result in a legal situation that discriminates against women, which is incompatible with the object and purpose of the Convention.

Pursuant to Article 28 (2) of the Convention, reservations that are incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of the Republic of Hungary therefore objects to the above-mentioned reservation. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Hungary and the Brunei Darussalam.”

Vereinigtes Königreich am 14. Juni 2007:

(Übersetzung)

“The Permanent Mission of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland to the United Nations ... has the honour to refer to the reservations made by the Government of Brunei Darussalam to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women (New York, 18 December 1979), which read:

‘The Government of Brunei Darussalam expresses its reservations regarding those provisions of the said Convention that may be contrary to the Constitution of Brunei Darussalam and to the beliefs and principles of Islam, the official religion of Brunei Darussalam and, without prejudice to the generality of the said reservations, expresses its reservations regarding paragraph 2 of Article 9 and paragraph 1 of Article 29 of the Convention.’

wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, ist ein mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig.

Die Regierung der Tschechischen Republik erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Brunei Darussalam zum Übereinkommen angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Tschechischen Republik und Brunei Darussalam nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen der Tschechischen Republik und Brunei Darussalam in Kraft, ohne dass Brunei Darussalam einen Nutzen aus seinem Vorbehalt ziehen kann.“

„Die Regierung der Republik Ungarn hat den von Brunei Darussalam am 24. Mai 2006 beim Beitritt zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt geprüft. In dem Vorbehalt wird festgestellt, dass Brunei Darussalam sich durch Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens als nicht gebunden betrachtet.

Die Regierung der Republik Ungarn ist der Meinung, dass der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2 unweigerlich zu einer Rechtslage führen würde, welche die Frau diskriminiert, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ist ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig.

Die Regierung der Republik Ungarn erhebt daher Einspruch gegen den genannten Vorbehalt. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Ungarn und Brunei Darussalam nicht aus.“

„Die Ständige Vertretung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland bei den Vereinten Nationen ... beehrt sich, Bezug zu nehmen auf die von der Regierung von Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte, die folgenden Wortlaut haben:

„Die Regierung von Brunei Darussalam bringt ihre Vorbehalte zu den Bestimmungen des genannten Übereinkommens zum Ausdruck, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Brunei Darussalam und zu den Glaubens- und Grundsätzen des Islam, der Staatsreligion Brunei Darussalams, stehen, und bringt ferner unbeschadet der Allgemeingültigkeit der genannten Vorbehalte ihre Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2 und Artikel 29 Absatz 1 des Übereinkommens zum Ausdruck.“

In the view of the United Kingdom a reservation should clearly define for the other States Parties to the Convention the extent to which the reserving State has accepted the obligations of the Convention. A reservation which consists of a general reference to a system of law without specifying its contents does not do so. The Government of the United Kingdom therefore object to the reservations made by the Government of Brunei Darussalam.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and Brunei Darussalam."

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Einsprüche gegen die von Mikronesien angebrachten Vorbehalte (vgl. die Bekanntmachung vom 24. November 2004, BGBl. II S. 1802) notifiziert:

Finland am 7. September 2005:

"The Government of Finland has carefully examined the contents of the reservations made by the Government of the Federated States of Micronesia to paragraph (f) of Article 2, Article 5, paragraphs 1 (d) and 2 (b) of Article 11 and Article 16 of the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women.

The Government of Finland recalls that by acceding to the Convention, a State commit itself to adopt the measures required for the elimination of discrimination, in all its forms and manifestations, against women.

The Government of Finland notes that the reservations made by Micronesia, addressing some of the most essential provisions of the Convention, and aiming to exclude the obligations under those provisions, are in contradiction with the object and purpose of the Convention.

The Government of Finland also recalls Part VI, Article 28 of the Convention according to which reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

The Government of Finland therefore objects to the above-mentioned reservations made by the Government of the Federated States of Micronesia to the Convention. This objection does not preclude the entry into force of the Convention between Micronesia and Finland. The Convention will thus become operative between the two states without Micronesia benefiting from its reservations."

Nach Auffassung des Vereinigten Königreichs soll ein Vorbehalt für die anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens klar bestimmen, in welchem Umfang der den Vorbehalt anbringende Staat die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernimmt. Ein Vorbehalt, der aus einem allgemeinen Verweis auf ein Rechtssystem besteht, ohne dessen Inhalt klar zu bezeichnen, tut dies nicht. Die Regierung des Vereinigten Königreichs erhebt daher Einspruch gegen die von der Regierung von Brunei Darussalam angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und Brunei Darussalam nicht aus."

(Übersetzung)

„Die Regierung von Finnland hat den Inhalt der von der Regierung der Föderierten Staaten von Mikronesien zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 5, Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d sowie Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 16 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die Regierung von Finnland erinnert daran, dass sich ein Staat durch seinen Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet, die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Beseitigung jeder Form und Erscheinungsweise der Diskriminierung der Frau erforderlich sind.

Die Regierung von Finnland stellt fest, dass die von Mikronesien angebrachten Vorbehalte, die sich auf einige der wesentlichsten Bestimmungen des Übereinkommens beziehen und darauf abzielen, die sich aus diesen Bestimmungen ergebenden Verpflichtungen auszuschließen, im Widerspruch zum Ziel und Zweck des Übereinkommens stehen.

Die Regierung von Finnland verweist darüber hinaus auf Teil VI Artikel 28 des Übereinkommens, dem zufolge mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung von Finnland erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung der Föderierten Staaten von Mikronesien zu dem Übereinkommen angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Mikronesien und Finnland nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass Mikronesien einen Nutzen aus seinen Vorbehalten ziehen kann."

Portugal am 15. Dezember 2005:

(Übersetzung)

„The Government of Portugal has carefully examined the reservations made by the Federated States of Micronesia upon its accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW).

The first and second reservations concern fundamental provisions of the Convention and are not in conformity with its object and purpose. Articles 2, 5, 11 and 16 outline the measures which a State party is required to take in order to implement the Convention, cover the fundamental rights of women and deal with key elements for the elimination and discrimination against women.

Portugal considers that such reservations may create doubts as to the commitment of the reserving State to the [object] and purpose of the Convention and, moreover, contribute to undermining the basis of international law.

It is in the common interest of all states that treaties to which [they] have chosen to become parties are respected as to their object and purpose by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of the Portuguese Republic, therefore, objects to the above reservations made by the Federated States of Micronesia to CEDAW.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Portugal and Micronesia.“

„Die Regierung von Portugal hat die von den Föderierten Staaten von Mikronesien beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Der erste und zweite Vorbehalt betreffen grundlegende Bestimmungen des Übereinkommens und stehen nicht mit seinem Ziel und Zweck in Einklang. Artikel 2, 5, 11 und 16 legen die Maßnahmen dar, die ein Vertragsstaat ergreifen muss, um das Übereinkommen durchzuführen, beziehen sich auf die grundlegenden Rechte der Frau und behandeln wichtige Elemente der Beseitigung der Diskriminierung der Frau.

Portugal ist der Auffassung, dass derartige Vorbehalte Zweifel an der Verpflichtung des die Vorbehalte anbringenden Staates in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken und überdies dazu beitragen können, die Grundlagen des Völkerrechts zu untergraben.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden, und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Regierung der Portugiesischen Republik erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von den Föderierten Staaten von Mikronesien zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Portugal und Mikronesien nicht aus.“

Schweden am 25. August 2005:

(Übersetzung)

„The Government of Sweden is of the view that this reservation raises serious doubts as to the commitment of the Government of Micronesia to the object and purpose of the Convention. The reservation would, if put into practice, result in discrimination against women on the basis of sex. It should be borne in mind that the principles of the equal right of men and women and of non-discrimination on the basis of sex are set forth in the Charter of the United Nations as one of the purposes of the organisation, as well as in the Universal Declaration of Human Rights of 1948.

According to article 28 (2) of the Convention, and to customary law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted. It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are re-

„Die Regierung von Schweden ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt ernsthafte Zweifel an der Verpflichtung der Regierung von Mikronesien in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens weckt. Die Umsetzung des Vorbehalts würde zu einer mit dem Geschlecht begründeten Diskriminierung der Frau führen. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Grundsätze der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts in der Charta der Vereinten Nationen als Ziele der Organisation festgeschrieben sowie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 niedergelegt sind.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens und nach Gewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge niedergelegt ist, sind mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien

spected as to their object and purpose, by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of Sweden therefore objects to the aforesaid reservation made by the Government of the Federated States of Micronesia to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and considers the reservation null and void. The Convention enters into force in its entirety between the two States, without the Federated States of Micronesia benefiting from its reservations.”

zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen den genannten Vorbehalt der Regierung der Föderierten Staaten von Mikronesien zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und betrachtet den Vorbehalt als nichtig. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass die Föderierten Staaten von Mikronesien einen Nutzen aus ihren Vorbehalten ziehen können.“

Vereinigtes Königreich am 17. August 2005:

(Übersetzung)

“The Government of the United Kingdom have examined the reservations made by the Government of Micronesia to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (New York, 18 December 1979) on 9 September 2004 in respect of Article 11 (1) (d) on the enactment of comparable worth legislation.

The Government of the United Kingdom object to the aforesaid reservation made by the Government of Micronesia.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and Micronesia.”

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat die von der Regierung von Mikronesien am 9. September 2004 zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte betreffend Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d über den Erlass von Rechtsvorschriften, die eine gleichwertige Behandlung garantieren, geprüft.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs erhebt Einspruch gegen den genannten Vorbehalt der Regierung von Mikronesien.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und Mikronesien nicht aus.“

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Einsprüche gegen die von Oman angebrachten Vorbehalte notifiziert:

Belgien am 30. April 2007:

(Übersetzung)

«La Belgique a examiné attentivement la réserve formulée par le Sultanat d’Oman lors de son adhésion le 7/02/2006 à la Convention sur l’Élimination de toutes les Formes de Discrimination à l’égard des Femmes (New York, 18/12/1979). La Belgique constate que la réserve formulée à l’égard des articles 9 (2), 15 (4) et 16 porte sur des dispositions fondamentales de la Convention, et est donc incompatible avec l’objet et le but de celle-ci.

Par ailleurs, l’alinéa premier de ladite réserve a pour effet de subordonner l’application des dispositions de la Convention à leur compatibilité avec la Sharia islamique et la législation en vigueur dans le Sultanat d’Oman. Il en résulte une incertitude quant à l’étendue des obligations de la Convention que le Sultanat d’Oman entend respecter et crée un doute sur le respect par Oman du but et de l’objectif de la Convention.

La Belgique rappelle qu’aux termes de l’article 28 (2) de la Convention précitée,

„Belgien hat den vom Sultanat Oman bei seinem Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. 12. 1979) am 07. 02. 2006 angebrachten Vorbehalt geprüft. Belgien stellt fest, dass der Vorbehalt zu den Artikeln 9 Absatz 2, 15 Absatz 4 und 16 grundlegende Bestimmungen des Übereinkommens betrifft und somit unvereinbar mit dessen Ziel und Zweck ist.

Ferner bewirkt Absatz 1 des genannten Vorbehalts, dass die Anwendung des Übereinkommens von seiner Vereinbarkeit mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften abhängig gemacht wird. Dies hat Ungewissheit darüber zur Folge, in welchem Umfang das Sultanat Oman die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen gedenkt, und weckt Zweifel daran, ob Oman Ziel und Zweck des Übereinkommens achtet.

Belgien erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des genannten Überein-

aucune réserve incompatible avec le but et l'objectif du traité n'est autorisée.

Il est de l'intérêt commun des États que toutes les parties respectent les traités auxquels elles ont adhéré et que les États soient disposés à entreprendre tous les amendements législatifs nécessaires aux fins de se conformer aux obligations des traités. En vertu du droit international coutumier, tel que codifié par la Convention de Vienne [sur le] Droit des Traités, une réserve incompatible avec l'objet et le but d'un traité n'est pas permise (article 19 c.).

En conséquence, la Belgique émet une objection à la réserve formulée par le Sultanat d'Oman à l'égard de la Convention sur l'Élimination de toutes les formes de Discrimination à l'égard des Femmes. Cette objection ne porte pas atteinte à l'entrée en vigueur de ladite Convention entre le Royaume de Belgique et le Sultanat d'Oman. Cette entrée en vigueur vaut pour l'entièreté de la Convention sans accorder à Oman le bénéfice des effets de sa réserve.»

Dänemark am 6. Oktober 2006:

„The Government of Oman has examined the reservations made by the Sultanate of Oman upon accession to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women regarding article 9 (2), 15 (4), 16 (a, c, f), and all provisions of the Convention not in accordance with the principles of the Islamic Sharia.

The Government of Denmark finds that the general reservation with reference to the provisions of the Islamic Sharia is of unlimited scope and undefined character. The Government of Denmark furthermore notes that the reservations made by the Sultanate of Oman to article 9 (2), 15 (4), and 16 (a, c, f) would inevitably result in the discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention. Consequently, the Government of Denmark considers the said reservations to be incompatible with the object and purpose of the Convention and accordingly inadmissible and without effect under international law.

The Government of Denmark wishes to recall that, according to article 28 (2) of the Convention, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Denmark therefore objects to the aforementioned reservations made by the Sultanate of Oman to the Con-

kommens mit Ziel und Zweck des Vertrags unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass alle Vertragsparteien die Verträge, denen sie beigetreten sind, einhalten und dass die Staaten bereit sind, alle notwendigen Änderungen ihrer Rechtsvorschriften vorzunehmen, um die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. Nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, ist ein mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig (Artikel 19 Buchstabe c).

Folglich erhebt Belgien Einspruch gegen den vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt. Dieser Einspruch beeinträchtigt nicht das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich Belgien und dem Sultanat Oman. Dieses Inkrafttreten gilt für das Übereinkommen in seiner Gesamtheit, ohne dass Oman zugestanden wird, Nutzen aus seinem Vorbehalt zu ziehen.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Oman*) hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4, Artikel 16 [Absatz 1] Buchstaben a, c und f und allen nicht im Einklang mit den Grundsätzen der islamischen Scharia stehenden Bestimmungen des Übereinkommens geprüft.

Die Regierung von Dänemark ist der Ansicht, dass der allgemeine Vorbehalt unter Bezugnahme auf die islamische Scharia einen unbegrenzten Umfang hat und unbestimmter Natur ist. Die Regierung von Dänemark stellt ferner fest, dass die vom Sultanat Oman zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 [Absatz 1] Buchstaben a, c und f angebrachten Vorbehalte unweigerlich zu einer mit dem Geschlecht begründeten Diskriminierung der Frau führen würden, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht. Folglich vertritt die Regierung von Dänemark die Auffassung, dass die genannten Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar und somit nach dem Völkerrecht unzulässig und ohne Wirkung sind.

Die Regierung von Dänemark möchte daran erinnern, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung von Dänemark erhebt daher Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur

*) Anm. d. Übers.: Offensichtlicher Fehler im englischen Text, es muss „Dänemark“ heißen.

vention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women. This shall not preclude the entry into force of the Convention in its entirety between Oman and Denmark.

The Government of Denmark recommends the Sultanate of Oman to reconsider its reservations to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women."

Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte. Dies schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen Oman und Dänemark nicht aus.

Die Regierung von Dänemark empfiehlt dem Sultanat Oman, seine Vorbehalte zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu überdenken."

Deutschland am 28. August 2006:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die vom Sultanat Oman am 7. Februar 2006 anlässlich seines Beitritts zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft. Danach betrachtet sich das Sultanat Oman durch Bestimmungen des Übereinkommens nicht gebunden, die im Widerspruch zur Scharia stehen und schließt zugleich eine Bindung an die Artikel 9 Abs. 2, Artikel 15 Abs. 4 und Artikel 16 Ziffer (a), (c) und (f) des Übereinkommens aus.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, dass das Sultanat Oman dadurch, dass es die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens den Grundsätzen der Scharia unterordnet, einen Vorbehalt einlegt, der nicht mehr klar erkennen lässt, inwieweit sich das Sultanat Oman an die Verpflichtungen des Übereinkommens gebunden fühlt und der mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar ist. Darüber hinaus führen die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 zwangsläufig zu einer Frauen diskriminierenden Rechtssituation, die mit dem Ziel und Zweck des Übereinkommens nicht zu vereinbaren ist.

Gemäß Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sind Vorbehalte, die mit dem Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar sind, unzulässig.

Die Bundesrepublik Deutschland erhebt deshalb Einspruch gegen die vorgenannten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des vorgenannten Übereinkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Sultanat Oman nicht aus."

Finnland am 27. Februar 2007:

(Übersetzung)

"The Government of Finland has carefully examined the contents of the general reservation made by the Government of Oman to all provisions of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and the specific reservations concerning paragraph 2 of Article 9, paragraph 4 of Article 15 and paragraphs 1 (a), 1 (c) and 1 (f) of Article 16 of the Convention.

The Government of Finland recalls that by acceding to the Convention, a State commits itself to adopt the measures required for the elimination of discrimination, in all its forms and manifestations, against women.

The Government of Finland notes that a reservation which consists of a general reference to religious or other national law without specifying its contents does not clearly define to other Parties to the Convention the extent to which the reserving State commits itself to the Convention and creates serious doubts as to the commitment of the receiving State to fulfil its obligations under the Convention. Such reservations are, furthermore, subject to the general principle of treaty interpretation according to which a party may not invoke the provisions of its domestic law as justification for a failure to perform its treaty obligations.

„Die Regierung von Finnland hat den Inhalt des von der Regierung von Oman zu allen Bestimmungen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten allgemeinen Vorbehalts und der besonderen Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 Absatz 1 Buchstaben a, c und f des Übereinkommens sorgfältig geprüft.

Die Regierung von Finnland erinnert daran, dass sich ein Staat durch den Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung jeder Form und Erscheinungsweise der Diskriminierung der Frau zu ergreifen.

Die Regierung von Finnland stellt fest, dass ein Vorbehalt, der aus einem allgemeinen Verweis auf das religiöse oder sonstige innerstaatliche Recht ohne genaue Angabe seines Inhalts besteht, für die anderen Vertragsparteien des Übereinkommens nicht deutlich macht, inwieweit sich der den Vorbehalt anbringende Staat dem Übereinkommen verpflichtet fühlt, und ernsthafte Zweifel an dem Willen des den Vorbehalt anbringenden Staates weckt, seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen. Solche Vorbehalte unterliegen zudem dem allgemeinen Grundsatz der Vertragsauslegung, dem zufolge sich eine Vertragspartei nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen darf, um zu rechtfertigen, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt.

The Government of Finland also notes that the specific reservations made by Oman, addressing some of the most essential provisions of the Convention, and aiming to exclude the obligations under those provisions, are in contradiction with the object and purpose of the Convention.

The Government of Finland also recalls Part VI, Article 28 of the Convention, according to which reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

The Government of Finland therefore objects to the above-mentioned reservations made by the Government of Oman to the Convention. This objection does not preclude the entry into force of the Convention between Oman and Finland. The Convention will thus become operative between the two States without Oman benefitting from its reservations.”

Frankreich am 13. Februar 2007:

«Le Gouvernement de la République française a examiné les réserves formulées par le Sultanat d’Oman lors de l’adhésion à la convention du 18 décembre 1979 sur l’élimination de toutes les formes de discrimination à l’égard des femmes, en vertu desquelles le Sultanat ne se considère pas lié par toutes les dispositions de la convention qui sont incompatibles avec la Charia islamique et les législations en vigueur dans le Sultanat d’Oman», d’une part, et par les dispositions de l’article 9, paragraphe 2, de l’article 15, paragraphe 4 et de l’article 16, notamment les alinéas a), c), et f), d’autre part. Le Gouvernement de la République française considère qu’en excluant ou en subordonnant aux principes de la Charia et aux législations en vigueur l’application de la convention, le Sultanat d’Oman formule une réserve de portée générale et indéterminée privant les dispositions de la convention de tout effet. Le Gouvernement de la République française considère que cette réserve est contraire à l’objet et au but de la convention et y oppose une objection. Le Gouvernement de la République française fait également objection aux réserves formulées à l’article 9, paragraphe 2, à l’article 15, paragraphe 4 et à l’article 16, notamment les alinéas a), c) et f). Ces objections n’empêchent pas l’entrée en vigueur de la convention entre la France et le Sultanat d’Oman.»

Griechenland am 29. Januar 2007:

“The Government of the Hellenic Republic have examined the reservations formulated by the Sultanate of Oman upon accession to the Convention on the Elimina-

Die Regierung von Finnland stellt ferner fest, dass die besonderen Vorbehalte Omans, die sich auf einige der wesentlichsten Bestimmungen des Übereinkommens beziehen und darauf abzielen, die damit einhergehenden Verpflichtungen auszuschließen, im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens stehen.

Die Regierung von Finnland verweist darüber hinaus auf Teil VI Artikel 28 des Übereinkommens, dem zufolge mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung von Finnland erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Oman zum Übereinkommen angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Oman und Finnland nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass Oman einen Nutzen aus seinen Vorbehalten ziehen kann.“

(Übersetzung)

„Die Regierung der Französischen Republik hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft, denen zufolge sich das Sultanat einerseits durch ‚alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen‘ und andererseits durch Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16, insbesondere dessen Buchstaben a, c und f, nicht als gebunden betrachtet. Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass das Sultanat Oman, indem es die Anwendung des Übereinkommens ausschließt oder den Grundsätzen der Scharia und den geltenden Rechtsvorschriften unterordnet, einen Vorbehalt von allgemeiner, unbestimmter Tragweite anbringt, der die Wirkung des Übereinkommens vollständig aufhebt. Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist, und erhebt dagegen Einspruch. Die Regierung der Französischen Republik erhebt ebenfalls Einspruch gegen die Vorbehalte in Bezug auf Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16, insbesondere dessen Buchstaben a, c und f. Diese Einsprüche schließen das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Frankreich und dem Sultanat Oman nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung der Hellenischen Republik hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von

tion of All Forms of Discrimination against Women of 18 December 1979.

The Government of the Hellenic Republic consider that the reservation to 'all provisions of the Convention not in accordance with the provisions of the Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman' is of unlimited scope and undefined character, while, furthermore, subjects the application of the Convention to the domestic law of the Sultanate of Oman. It is, therefore, incompatible with the object and purpose of the Convention.

Moreover, the Government of the Hellenic Republic consider that the reservations to articles 9 par. 2, 15 par. 4 and 16 do not specify the extent of the derogation therefrom and, therefore, are incompatible with the object and purpose of the Convention.

The Government of the Hellenic Republic recall that, according to Article 28 paragraph 2 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

For these reasons, the Government of the Hellenic Republic object to the above-mentioned reservations formulated by the Sultanate of Oman.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Greece and the Sultanate of Oman."

Irland am 19. Dezember 2006:

"The Government of Ireland has examined the reservation made on 7 February 2006 by the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women at the time of its accession thereto.

The Government of Ireland notes that the Sultanate of Oman subjects application of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women to the provisions of Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate. The Government of Ireland is of the view that a reservation which consists of a general reference to religious law and to the Constitution of the reserving State and which does not clearly specify the provisions of the Convention to which it applies and the extent of the derogation therefrom, may cast doubts on the commitment of the reserving state to fulfil its obligations under the Convention. The Government of Ireland is furthermore of the view that such a general reservation may undermine the basis of international treaty law and is incompatible with the object and purpose of the Convention. The Government of Ireland recalls that according to Article 28, paragraph 2 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung der Hellenischen Republik ist der Auffassung, dass der Vorbehalt in Bezug auf ‚alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen‘, einen unbegrenzten Umfang hat und unbestimmter Natur ist und darüber hinaus die Anwendung des Übereinkommens dem innerstaatlichen Recht des Sultanats Oman unterordnet. Er ist daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar.

Die Regierung der Hellenischen Republik ist ferner der Auffassung, dass die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 sowie zu Artikel 16 nicht klar bestimmen, in welchem Umfang von diesen Bestimmungen abgewichen wird, und daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar sind.

Die Regierung der Hellenischen Republik erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung der Hellenischen Republik Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Griechenland und dem Sultanat Oman nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Irland hat den vom Sultanat Oman bei seinem Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau am 7. Februar 2006 angebrachten Vorbehalt geprüft.

Die Regierung von Irland stellt fest, dass das Sultanat Oman die Anwendung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der islamischen Scharia und den im Sultanat geltenden Rechtsvorschriften unterordnet. Die Regierung von Irland ist der Auffassung, dass ein Vorbehalt, der aus einem allgemeinen Verweis auf das religiöse Recht und die Verfassung des den Vorbehalt anbringenden Staates besteht und der nicht klar bestimmt, auf welche Bestimmungen des Übereinkommens er Anwendung findet und in welchem Umfang diese unberücksichtigt bleiben, Zweifel an der Verpflichtung des den Vorbehalt anbringenden Staates wecken kann, seine Pflichten aus dem Übereinkommen zu erfüllen. Die Regierung von Irland ist ferner der Auffassung, dass ein solcher allgemeiner Vorbehalt die Grundlagen des Völkervertragsrechts untergraben kann und mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist. Die Regierung von Irland erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Überein-

The Government of Ireland further considers that the reservations made with respect to Article 9, paragraph 2, Article 15, paragraph 4 and Article 16 of the Convention are incompatible with the object and purpose of the Convention.

The Government of Ireland therefore objects to the aforesaid reservations made by the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Ireland and the Sultanate of Oman."

Italien am 9. Juli 2007:

(Übersetzung)

"... with regard to the reservations made by Oman upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women of 18 December 1979, the Government of Italy has carefully examined the reservations made by the Sultanate of Oman on 7 February 2006 upon accession to the above-mentioned Convention. The reservations state that the Sultanate of Oman does not consider itself bound by provisions of the Convention that are not in accordance with the provisions of the Islamic Sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman, and also state that it is not bound by Article 9 (2), Article 15 (4) and Article 16, subparagraphs (a), (c) and (f) of the Convention.

The Government of Italy is of the opinion that by giving precedence to the principles of the Sharia and its own national law over the application of the provisions of the Convention, the Sultanate of Oman has made a reservation which leaves it unclear to what extent it feels bound by the obligations of the Convention and which is incompatible with the object and purpose of the Convention. Furthermore, the reservation to Article 9 (2), Article 15 (4) and Article 16 will unavoidably result in a legal situation that discriminates against women, which is incompatible with the object and purpose of the Convention. Pursuant to Article 28 (2) of the Convention, reservations that are incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Italy therefore objects to the above-mentioned reservations. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Italy and the Sultanate of Oman."

Lettland am 6. Dezember 2006:

(Übersetzung)

"The Government of the Republic of Latvia has carefully examined the reservations made by the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of All Forms

kommens ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Die Regierung von Irland ist ferner der Auffassung, dass die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 sowie Artikel 16 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar sind.

Die Regierung von Irland erhebt daher Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Irland und dem Sultanat Oman nicht aus."

"... Die Regierung von Italien hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau am 7. Februar 2006 angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft. In den Vorbehalten wird festgestellt, dass das Sultanat Oman sich durch die Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen, nicht als gebunden betrachtet sowie ferner, dass es nicht durch Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 Buchstaben a, c und f des Übereinkommens gebunden ist.

Die Regierung von Italien vertritt die Auffassung, dass das Sultanat Oman dadurch, dass es den Grundsätzen der Scharia und seinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften Vorrang vor der Anwendung des Übereinkommens einräumt, einen Vorbehalt angebracht hat, der unklar lässt, in welchem Umfang es sich durch die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen als gebunden betrachtet, und der mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist. Darüber hinaus wird der zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 angebrachte Vorbehalt unvermeidlich zu einer Rechtslage führen, die Frauen diskriminiert, was mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist. Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ist ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig.

Die Regierung von Italien erhebt daher Einspruch gegen die genannten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Italien und dem Sultanat Oman nicht aus."

"Die Regierung der Republik Lettland hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu Arti-

of Discrimination against Women upon accession to the Convention regarding article 9 paragraph 2, article 15 paragraph 4 and article 16.

The Government of the Republic of Latvia considers that the aim of the said Convention is to grant the equality between men and women and therefore the distinction between genders regarding the rights to determinate the nationality of children is not in accordance with the aim of the said convention.

Moreover, the rights to determine its own domicile, is a part of the free movement of person, is very important part of human rights and, thus no limitations may be permitted to the said right.

The Government of the Republic of Latvia is of the opinion that the equality between spouses is a very important issue and, therefore, no exemption regarding the said rights is acceptable.

Moreover, the Government of the Republic of Latvia is of the opinion that these reservations made by the Sultanate of Oman contradict to the object and purpose of the Convention and in particular to the obligation of all States Parties to pursue by all appropriate means and without delay a policy of eliminating the discrimination against women.

The Government of the Republic of Latvia recalls Part VI, Article 28 of the Convention setting out that reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

The Government of the Republic of Latvia, therefore, objects to the aforesaid reservations made by the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

However, this objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Latvia and the Sultanate of Oman. Thus, the Convention will become operative without the Sultanate of Oman benefiting from its reservation."

Die Niederlande am 19. Juli 2006:

"The Government of the Netherlands has examined the reservation made by Oman to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. The Government of the Kingdom of the Netherlands considers that the reservations with respect to article 9, paragraph 2; article 15, paragraph 4; and article 16, of the Convention are reservations incompatible with the object and purpose of the Convention.

Furthermore, the Government of the Kingdom of the Netherlands considers that with the first part of the reservation the ap-

kel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die Regierung der Republik Lettland ist der Auffassung, dass das Ziel des genannten Übereinkommens darin besteht, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu gewährleisten; eine Unterscheidung zwischen den Geschlechtern in Bezug auf das Recht, die Staatsangehörigkeit der Kinder zu bestimmen, steht daher nicht im Einklang mit dem Ziel des genannten Übereinkommens.

Darüber hinaus gehört das Recht, seinen Wohnsitz selbst zu bestimmen, zur Freizügigkeit von Personen; es ist ein wichtiges Menschenrecht und darf als solches keiner Einschränkung unterworfen werden.

Die Regierung der Republik Lettland ist der Ansicht, dass die Gleichberechtigung der Ehepartner von großer Wichtigkeit und eine Ausnahme in Bezug auf die genannten Rechte daher nicht hinnehmbar ist.

Die Regierung der Republik Lettland ist ferner der Ansicht, dass die vom Sultanat Oman angebrachten Vorbehalte im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens und insbesondere zu der Verpflichtung aller Vertragsstaaten stehen, mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu verfolgen.

Die Regierung der Republik Lettland erinnert daran, dass nach Teil VI Artikel 28 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung der Republik Lettland erhebt daher Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt jedoch das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Lettland und dem Sultanat Oman nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit in Kraft, ohne dass das Sultanat Oman einen Nutzen aus seinem Vorbehalt ziehen kann."

(Übersetzung)

„Die Regierung der Niederlande hat den von Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt geprüft. Die Regierung des Königreichs der Niederlande ist der Ansicht, dass die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 sowie Artikel 16 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte darstellen.

Überdies ist die Regierung des Königreichs der Niederlande aufgrund des ersten Teils des Vorbehalts der Ansicht, dass die

plication of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women is made subject to the provisions of the Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman. This makes it unclear to what extent Oman considers itself bound by the obligations of the treaty and therefore raises concerns as to the commitment of Oman to the object and purpose of the Convention.

The Government of the Kingdom of the Netherlands recalls that, according to paragraph 2 of article 28 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become party are respected, as to their object and purpose, by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of the Kingdom of the Netherlands therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of Oman to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Kingdom of the Netherlands and Oman.”

Österreich am 5. Januar 2007:

“The Government of Austria has examined the reservations made by the Government of the Sultanate of Oman upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

The Government of Austria finds that the reservations to article 9, paragraph 2, article 15, paragraph 4, and article 16 would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex. This is contrary to the object and purpose of the Convention.

The Government of Austria further considers that, in the absence of further clarification, the reservation to ‘all provisions of the Convention not in accordance with the provisions of the Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman’ does not clearly specify its extent and therefore raises doubts as to the degree of commitment assumed by the Sultanate of Oman in becoming a party to the Convention.

The Government of Austria would like to recall that, according to article 28, paragraph 2 of the Convention as well as customary international law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties (Art. 19 subparagraph c), a reservation in-

Anwendung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften untergeordnet wird. Dadurch ist unklar, in welchem Umfang Oman sich als durch seine vertraglichen Verpflichtungen gebunden betrachtet, und es werden Bedenken bezüglich der Verpflichtung Omans zu Ziel und Zweck des Übereinkommens geweckt.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung von Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich der Niederlande und Oman nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Österreich hat die von der Regierung des Sultanats Oman beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung von Österreich ist der Ansicht, dass die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 unweigerlich zu einer Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts führen würden. Dies steht im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens.

Die Regierung von Österreich ist ferner der Auffassung, dass aus dem Vorbehalt in Bezug auf ‚alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen‘, ohne weitere Klarstellung sein Umfang nicht eindeutig hervorgeht und dass er daher Zweifel an dem Maß der Verpflichtung weckt, die das Sultanat Oman übernommen hat, als es Vertragspartei des Übereinkommens wurde.

Die Regierung von Österreich möchte daran erinnern, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sowie nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Artikel 19 Buchstabe c) kodifiziert

compatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are requested as to their object and purpose, by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

For these reasons, the Government of Austria objects to the aforementioned reservations made by the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This position however does not preclude the entry into force in its entirety of the Convention between the Sultanate of Oman and Austria.”

Polen am 1. März 2007:

Objection (Translation) (Original: Polish)

„The Government of the Republic of Poland has examined the reservations made by the Sultanate of Oman upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, adopted by General Assembly of the United Nations on December 18, 1979, regarding articles 9 paragraph 2, 15 paragraph 4, 16 (a), (c) and (f) and all provisions of the Convention not in accordance with the principles of the Islamic Sharia.

The Government of the Republic of Poland considers that the reservations made by the Sultanate of Oman are incompatible with the object and purpose of the Convention which guarantees equal rights of women and men to exercise their economic, social, cultural, civil, and political rights. The Government of the Republic of Poland therefore considers that, according to article 19 (c) of the Vienna Convention on the Law of Treaties, done at Vienna on 23 May 1969, as well as article 28 (2) of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, reservations incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

Moreover, the Government of the Republic of Poland considers that by making a general reference to the Islamic Sharia without indicating the provisions of the Convention to which the Islamic Sharia applies, the Sultanate of Oman does not specify the exact extent of the introduced limitations and thus does not define precisely enough the extent to which the Sultanate of Oman has accepted the obligations under the Convention.

The Government of the Republic of Poland therefore objects to the aforemen-

ist, ein mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung von Österreich Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Diese Haltung schließt jedoch das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen dem Sultanat Oman und Österreich nicht aus.“

(Übersetzung)

Einspruch (Übersetzung) (Original: Polnisch)

„Die Regierung der Republik Polen hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zu dem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979 in New York angenommenen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4, Artikel 16 Buchstaben a, c und f und allen Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit den Grundsätzen der islamischen Scharia stehen, geprüft.

Die Regierung der Republik Polen ist der Auffassung, dass die vom Sultanat Oman angebrachten Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens, das die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung ihrer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte gewährleistet, unvereinbar sind. Die Regierung der Republik Polen ist dementsprechend der Auffassung, dass Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbar sind, nach Artikel 19 Buchstabe c des am 23. Mai 1969 in Wien geschlossenen Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge sowie nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau unzulässig sind.

Die Regierung der Republik Polen ist zudem der Auffassung, dass das Sultanat Oman durch einen allgemeinen Verweis auf die islamische Scharia ohne Angabe der Bestimmungen des Übereinkommens, auf welche die islamische Scharia Anwendung findet, nicht den genauen Umfang der angebrachten Einschränkungen bestimmt und somit nicht genau genug den Umfang deutlich macht, in dem das Sultanat Oman die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernimmt.

Die Regierung der Republik Polen erhebt daher Einspruch gegen die genannten vom

tioned reservations made by the Sultanate of Oman upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, adopted by General Assembly of the United Nations on 18 December 1979, regarding articles 9 paragraph 2, 15 paragraph 4, 16 (a), (c) and (f) and all provisions of the Convention not in accordance with the principles of the Islamic Sharia.

This objection does not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Poland and [the] Sultanate of Oman.”

Portugal am 30. Januar 2007:

“... the Government of the Portuguese Republic has carefully examined the reservations made by the Sultanate of Oman upon its accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW).

The first reservation concerns ‘all provisions of the Convention not in accordance with the provisions of the Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman’. Portugal considers that this reservation is too general and vague and seeks to limit the scope of the Convention on an unilateral basis that is not authorised by it. Moreover, this reservation creates doubts as to the commitment of the reserving State to the object and purpose of the Convention and, moreover, contributes to undermining the basis of international law. It is in the common interest of all States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The second, third and fourth reservations concern fundamental provisions of the Convention, such as articles 9 (2), 15 (4) and 16, that cover the fundamental rights of women and deal with the key elements for the elimination of discrimination against women on the basis of sex. These reservations are thus incompatible with the object and purpose of the Convention and are not permitted under article 28 (2) of the CEDAW.

The Government of the Portuguese Republic, therefore, objects to the above-mentioned reservations made by the Sultanate of Oman to the CEDAW.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Portugal and Oman.”

Sultanat Oman beim Beitritt zu dem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979 in New York angenommenen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4, Artikel 16 Buchstaben a, c und f und allen Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit den Grundsätzen der islamischen Scharia stehen.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Polen und dem Sultanat Oman nicht aus.“

(Übersetzung)

„... die Regierung der Portugiesischen Republik hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt Omans zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Der erste Vorbehalt betrifft ‚alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen‘. Portugal ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt zu allgemein und ungenau ist und darauf abzielt, den Umfang des Übereinkommens auf einer einseitigen Grundlage zu begrenzen, was das Übereinkommen nicht zulässt. Ferner weckt dieser Vorbehalt Zweifel an der Verpflichtung des den Vorbehalt anbringenden Staates in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens und trägt darüber hinaus dazu bei, die Grundlage des Völkerrechts zu untergraben. Es liegt im gemeinsamen Interesse aller Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Vorbehalte zwei, drei und vier betreffen grundlegende Bestimmungen des Übereinkommens wie Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16, die die grundlegenden Rechte von Frauen betreffen und die wesentlichen Elemente der Beseitigung der Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts zum Gegenstand haben. Diese Vorbehalte sind daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar und nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens nicht zulässig.

Die Regierung der Portugiesischen Republik erhebt daher Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Vorbehalt schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Portugal und Oman nicht aus.“

Rumänien am 8. Februar 2007:

(Übersetzung)

„The Government of Romania has carefully considered the reservations made by the Sultanate of Oman on 7 February 2006 upon accession to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (New York, 18 December 1979) and regards the reservations made to Article 9 para. 2, Article 15 para. 4 and Article 16, sub-paragraphs a), c) and f) (concerning adoptions), as incompatible with the object and purpose of the Convention, as, by their formulation, various forms of discrimination against women are maintained and, implicitly, the inequality of rights between men and women is perpetuated.

Furthermore, the Government of Romania is of the opinion that the general reservation made by the Sultanate of Oman subjects the application of the provisions of the Convention to their compatibility with the Islamic law and the national legislation in force in the Sultanate of Oman. This reservation is, thus, problematic as it raises questions with regard to the actual obligations the Sultanate of Oman understood to undertake by acceding to the Convention, and with regard to its commitment to the object and purpose of the Convention.

The Government of Romania recalls that, pursuant to Article 28 para. 2 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

Consequently, the Government of Romania objects to the aforementioned reservations made by the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention, in its entirety, between Romania and the Sultanate of Oman.

The Government of Romania recommends to the Sultanate of Oman to reconsider the reservations made to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women.”

„Die Regierung von Rumänien hat die vom Sultanat Oman am 7. Februar 2006 beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft und ist der Auffassung, dass die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 Buchstaben a, c und f (in Bezug auf Adoption) mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar sind, da durch ihre Formulierung verschiedene Formen der Diskriminierung der Frau beibehalten werden und somit die Gleichberechtigung von Mann und Frau weiterhin nicht gewährleistet wird.

Ferner ist die Regierung von Rumänien der Auffassung, dass der vom Sultanat Oman angebrachte allgemeine Vorbehalt die Anwendung des Übereinkommens von seiner Vereinbarkeit mit dem islamischen Recht und den im Sultanat Oman geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften abhängig macht. Dieser Vorbehalt ist somit problematisch, da er Fragen hinsichtlich der Verpflichtungen, die das Sultanat Oman durch den Beitritt zum Übereinkommen nach seinem Verständnis tatsächlich übernommen hat, und hinsichtlich seiner Verpflichtung in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens aufwirft.

Die Regierung von Rumänien erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Folglich erhebt die Regierung von Rumänien Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen Rumänien und dem Sultanat Oman nicht aus.

Die Regierung von Rumänien empfiehlt dem Sultanat Oman, seine zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu überdenken.“

Schweden am 6. Februar 2007:

(Übersetzung)

„The Government of Sweden has examined the reservations made by the Sultanate of Oman on 7 February 2006 to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

The Government of Sweden notes that the Sultanate of Oman gives precedence to the provisions of Islamic Sharia and national legislation over the application of the provisions of the Convention. The Government of Sweden is of the view that this reservation which does not clearly specify the extent of the Sultanate of Oman's derogation from the provisions in question raises

„Die Regierung von Schweden hat die vom Sultanat Oman am 7. Februar 2006 zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung von Schweden stellt fest, dass das Sultanat Oman der islamischen Scharia und den innerstaatlichen Rechtsvorschriften Vorrang vor der Anwendung des Übereinkommens einräumt. Die Regierung von Schweden ist der Auffassung, dass dieser Vorbehalt, der nicht klar darlegt, in welchem Umfang das Sultanat Oman die genannten Bestimmungen nicht

serious doubt as to the commitment of the Sultanate of Oman to the object and purpose of the Convention.

Furthermore, the Government of Sweden considers that, regarding the reservations made with respect to articles 9 (2), 15 (4), 16 (a, c, f), if put into practice, would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention. It should be borne in mind that the principles of the equal rights of women and men and of non-discrimination on the basis of sex are set forth in the Charter of the United Nations as one of the purposes of the organization, as well as the declaration of Human Rights of 1948.

According to article 28 (2) of the Convention and to international customary law, as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted. It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties, are respected as to their object and purpose by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

The Government of Sweden therefore objects to the aforesaid reservations made by the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and considers them null and void.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Sultanate of Oman and Sweden. The Convention enters into force in its entirety between the two States, without the Sultanate of Oman benefiting from its reservations.”

Die Slowakei am 27. Februar 2007:

“The Government of Slovakia has carefully examined the reservation made by the Sultanate of Oman upon its accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW).

The Government of Slovakia is of the view that the general reservation made by the Sultanate of Oman that ‘all provisions of the Convention not in accordance with the provisions of the Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman’ is too general and does not clearly specify the extent of the obligation (mentioned in the Convention) for the Sultanate of Oman.

The Government of Slovakia finds the reservation to article 9 (2), article 15 (4) and article 16 incompatible with the object and

berücksichtigt, ernsthafte Zweifel an der Verpflichtung des Sultanats Oman in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens weckt.

Ferner ist die Regierung von Schweden der Auffassung, dass die Umsetzung der Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 sowie Artikel 16 Buchstaben a, c und f unweigerlich zu einer Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts führen würde, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Grundsätze der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts in der Charta der Vereinten Nationen als Ziele der Organisation festgeschrieben sowie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 niedergelegt sind.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens und nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, sind mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen die genannten vom Sultanat Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte und betrachtet diese als nichtig.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Sultanat Oman und Schweden nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass das Sultanat Oman einen Nutzen aus seinen Vorbehalten ziehen kann.“

(Übersetzung)

„Die Regierung der Slowakei hat den vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt sorgfältig geprüft.

Die Regierung der Slowakei ist der Auffassung, dass der allgemeine vom Sultanat Oman angebrachte Vorbehalt in Bezug auf ‚alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen‘, zu allgemein ist und nicht klar bestimmt, in welchem Umfang das Sultanat Oman die (im Übereinkommen aufgeführte) Verpflichtung übernimmt.

Nach Auffassung der Regierung der Slowakei ist der Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16

purpose of the Convention and is therefore inadmissible under article 19 (c) of the Vienna Convention on the Law of Treaties. Therefore it shall not be permitted, in accordance with article 2[8], paragraph 2 of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women.

For these reasons, the Government of Slovakia objects to the above mentioned reservation made by the Sultanate of Oman upon its accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women between Slovakia and the Sultanate of Oman. The Convention enters into force in its entirety between Slovakia and the Sultanate of Oman, without the Sultanate of Oman benefitting from its reservation."

Spanien am 23. Februar 2007:

Objection (Translation) (Original: Spanish)

"The Government of the Kingdom of Spain has examined the reservations made by the Sultanate of Oman upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women regarding all the provisions of the Convention which are incompatible with Islamic law and with the legislation in force in Oman and to articles 9 (2), 15 (4) and 16 of the Convention.

The Government of the Kingdom of Spain considers that the first part of the reservation which subordinates all the provisions of the Convention to conform to Islamic law and the legislation in force in Oman, to which it makes general reference, without specifying its content, does not permit clear determination as to the extent to which Oman has accepted the obligations derived under the Convention and, consequently, such reservation sheds doubt as to the extent to which the Sultanate of Oman is committed to the object and purpose of the Convention.

Furthermore, the reservations to articles 9 (2), 15 (4) and 16 are incompatible with the object and purpose of the Convention, which aim at exempting Oman from its commitment [to fulfil the] essential obligations of the Convention.

The Government of the Kingdom of Spain recalls that according to article 28 (2) of the Convention, reservations that are incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

Therefore, the Government of the Kingdom of Spain objects to the reservations made by the Sultanate of Oman to all the provisions of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women.

mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar und daher nach Artikel 19 Buchstabe c des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge unzulässig. Er ist daher nach Artikel 2[8] Absatz 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau nicht zulässig.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung der Slowakei Einspruch gegen den genannten vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zwischen der Slowakei und dem Sultanat Oman nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen der Slowakei und dem Sultanat Oman in Kraft, ohne dass das Sultanat Oman einen Nutzen aus seinem Vorbehalt ziehen kann."

(Übersetzung)

Einspruch (Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Die Regierung des Königreichs Spanien hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu allen Bestimmungen des Übereinkommens, die mit dem islamischen Recht und den in Oman geltenden Rechtsvorschriften unvereinbar sind, und zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung des Königreichs Spanien ist der Auffassung, dass der erste Teil des Vorbehalts, der alle Bestimmungen des Übereinkommens dem islamischen Recht oder den in Oman geltenden Rechtsvorschriften unterstellt, auf die in allgemeiner Weise verwiesen wird, ohne ihren Inhalt klar zu bezeichnen, es nicht erlaubt, deutlich den Umfang zu bestimmen, in dem Oman die sich aus dem Übereinkommen ergebenden Verpflichtungen übernimmt; ein solcher Vorbehalt weckt Zweifel hinsichtlich des Umfangs der Verpflichtung des Sultanats Oman in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens.

Ferner sind die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar, da sie darauf abzielen, Oman von seiner Verpflichtung, den wesentlichen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen nachzukommen, zu befreien.

Die Regierung des Königreichs Spanien erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung des Königreichs Spanien erhebt daher Einspruch gegen die vom Sultanat Oman zu allen Bestimmungen des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

nation of All Forms of Discrimination against Women which are incompatible with Islamic law and with the legislation in force in Oman and to articles 9 (2), 15 (4) and 16 of the Convention.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Kingdom of Spain and the Sultanate of Oman.”

Die Tschechische Republik am 12. Januar 2007:

“The Government of the Czech Republic has examined the reservations made by the Sultanate of Oman upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

The Government of the Czech Republic is of the view that the reservations made to Article 9, paragraph 2, Article 15, paragraph 4 and Article 16, if put into practice, would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention. Furthermore, the Government of the Czech Republic notes that the reservation regarding all provisions of the Convention not in accordance with the provisions of the Islamic sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman does not clearly define for the other States Parties to the Convention the extent to which the Sultanate of Oman has accepted the obligations of the Convention and therefore raises concerns as to its commitment to the object and purpose of the Convention.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose, by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties. According to Article 28, paragraph 2 of the Convention and according to customary international law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, a reservation that is incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

The Government of the Czech Republic therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of the Sultanate of Oman to the Convention. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Czech Republic and the Sultanate of Oman. The Convention enters into force in its entirety between the Czech Republic and the Sultanate of Oman, without the Sultanate of Oman benefiting from its reservation.”

Form von Diskriminierung der Frau, die mit dem islamischen Recht und den in Oman geltenden Rechtsvorschriften unvereinbar sind, und zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 des Übereinkommens angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich Spanien und dem Sultanat Oman nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung der Tschechischen Republik hat die vom Sultanat Oman beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung der Tschechischen Republik ist der Auffassung, dass die Umsetzung der Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 unweigerlich zu einer Diskriminierung der Frau aufgrund des Geschlechts führen würden, was im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht. Ferner stellt die Regierung der Tschechischen Republik fest, dass der Vorbehalt in Bezug auf alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen, für die anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens nicht deutlich macht, in welchem Umfang das Sultanat Oman die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernommen hat und somit Zweifel an seiner Verpflichtung in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens weckt.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragsparteien zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen. Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens und nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge kodifiziert ist, ist ein mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig.

Die Regierung der Tschechischen Republik erhebt daher Einspruch gegen die genannten von der Regierung des Sultanats Oman zum Übereinkommen angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Tschechischen Republik und dem Sultanat Oman nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen der Tschechischen Republik und dem Sultanat Oman in Kraft, ohne dass das Sultanat Oman einen Nutzen aus seinem Vorbehalt ziehen kann.“

Ungarn am 7. Februar 2007:

(Übersetzung)

„The Government of the Republic of Hungary has examined the reservations made by the Sultanate of Oman on 7 February 2006 upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women of 18 December 1979. The reservations state the Sultanate of Oman does not consider itself bound by the provisions of the Convention that are not in accordance with the provisions of the Islamic Sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman, and also state that it is not bound by Article 9 (2), Article 15 (4) and Article 16, subparagraphs (a), (c) and (f) of the Convention.

The Government of the Republic of Hungary is of the opinion that by giving precedence to the principles of the Sharia and its own national law over the application of the provisions of the Convention, the Sultanate of Oman has made a reservation which leaves it unclear to what extent it feels bound by the obligations of the Convention and which is incompatible with the object and purpose of the Convention. Furthermore, the reservations to Article 9 (2), Article 15 (4) and Article 16 will unavoidably result in a legal situation that discriminates against women, which is incompatible with the object and purpose of the Convention.

Pursuant to Article 28 (2) of the Convention, reservations that are incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of the Republic of Hungary therefore objects to the above-mentioned reservations. This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Hungary and the Sultanate of Oman.”

„Die Regierung der Republik Ungarn hat die vom Sultanat Oman am 7. Februar 2006 beim Beitritt zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft. In den Vorbehalten wird erklärt, dass sich das Sultanat Oman durch die Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen, sowie durch Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 Buchstaben a, c und f des Übereinkommens nicht als gebunden betrachtet.

Die Regierung der Republik Ungarn ist der Meinung, dass das Sultanat Oman, indem es den Grundsätzen der Scharia und seinem eigenen innerstaatlichen Recht Vorrang gegenüber der Anwendung des Übereinkommens einräumt, einen Vorbehalt angebracht hat, der im Unklaren lässt, inwieweit es sich als durch die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen gebunden betrachtet, und der mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist. Ferner werden die Vorbehalte zu Artikel 9 Absatz 2, Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 unweigerlich zu einer Rechtslage führen, in der Frauen diskriminiert werden, was mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sind mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig.

Die Regierung der Republik Ungarn erhebt daher Einspruch gegen die genannten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Ungarn und dem Sultanat Oman nicht aus.“

Vereinigtes Königreich am 28. Februar 2007:

(Übersetzung)

„The Government of the United Kingdom have examined the reservations made by the Government of the Sultanate of Oman to the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women (New York, 18 December 1979).

In the view of the Government of the United Kingdom a reservation should clearly define for the other States Parties to the Convention the extent to which the reserving State has accepted the obligations of the Convention. A reservation which consists of a general reference to a system of law without specifying its contents does not do so. The Government of the United Kingdom therefore object to the Sultanate of Oman's reservation from 'all provisions of the Convention not in accordance with the provisions of the Islamic Sharia and legislation in force in the Sultanate of Oman'.

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat die von der Regierung des Sultanats Oman zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte geprüft.

Nach Auffassung der Regierung des Vereinigten Königreichs soll ein Vorbehalt für die anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens klar bestimmen, in welchem Umfang der den Vorbehalt anbringende Staat die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen übernimmt. Ein Vorbehalt, der aus einem allgemeinen Verweis auf ein Rechtssystem besteht, ohne dessen Inhalt klar zu bezeichnen, tut dies nicht. Die Regierung des Vereinigten Königreichs erhebt daher Einspruch gegen den vom Sultanat Oman angebrachten Vorbehalt in Bezug auf ‚alle Bestimmungen des Übereinkommens, die nicht im Einklang mit der islamischen Scharia und den im Sultanat Oman geltenden Rechtsvorschriften stehen‘.

The Government of the United Kingdom further object to the Sultanate of Oman's reservations from Article 15, paragraph 4 and Article 16 of the Convention.

These objections shall not preclude the entry into force of the Convention between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and Oman."

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Einsprüche gegen die von den Vereinigten Arabischen Emiraten angebrachten Vorbehalte (vgl. die Bekanntmachung vom 21. März 2005, BGBl. II S. 565) notifiziert:

Dänemark am 14. Dezember 2005:

(Übersetzung)

"The Government of Denmark has examined the reservations made by the Government of the United Arab Emirates upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women regarding article 2 (f), 15 (2) and 16 pertaining to Shariah principles.

The Government of Denmark considers that the reservations made by the United Arab Emirates to article 2 (f), 15 (2) and 16 referring to the contents of the Shariah Law do not clearly specify the extent to which the United Arab Emirates feel committed to the object and purpose of the Convention. Consequently, the Government of Denmark considers the said reservations as being incompatible with the object and purpose of the Convention. Consequently, the Government of Denmark considers the said reservations as being incompatible with the object and purpose of the Convention and accordingly inadmissible and without effect under international law.

The Government of Denmark wishes to recall that, according to article 28 (2) of the Convention reservations incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

The Government of Denmark therefore objects to the aforementioned reservations made by the Government of the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. This shall not preclude the entry into force of the Convention in its entirety between the United Arab Emirates and Denmark.

The Government of Denmark recommends the Government of the United Arab Emirates to reconsider its reservations to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women."

Deutschland am 9. November 2005:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die Vorbehalte, die die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate anlässlich des Beitritts zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau gemacht hat, sorgfältig geprüft. Sie ist der Auffassung, dass durch die Vorbehalte zu Artikel 2, Buchstabe f, Artikel 15, Paragraph 2 und Artikel 16, die einem bestimmten Rechtssystem, der islamischen Scharia, grundsätzlich Vorrang einräumen gegenüber den Bestimmungen des

Die Regierung des Vereinigten Königreichs erhebt ferner Einspruch gegen die Vorbehalte des Sultanats Oman zu Artikel 15 Absatz 4 und Artikel 16 des Übereinkommens.

Diese Einsprüche schließen das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und Oman nicht aus.“

„Die Regierung von Dänemark hat die von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 betreffend die Grundsätze der Scharia geprüft.

Die Regierung von Dänemark ist der Auffassung, dass die von den Vereinigten Arabischen Emiraten angebrachten Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 15 Absatz 2 und Artikel 16, die auf die Inhalte der Scharia Bezug nehmen, nicht eindeutig darlegen, in welchem Umfang sich die Vereinigten Arabischen Emirate Ziel und Zweck des Übereinkommens verpflichtet fühlen. Die Regierung von Dänemark betrachtet die genannten Vorbehalte folglich als mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar und demzufolge als nach dem Völkerrecht unzulässig und ohne Wirkung.

Die Regierung von Dänemark möchte daran erinnern, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung von Dänemark erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate angebrachten Vorbehalte zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Dies schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Dänemark nicht aus.

Die Regierung von Dänemark empfiehlt der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate, ihre Vorbehalte zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu überdenken.“

Übereinkommens, nicht klar ist, inwieweit sich die VAE an die Verpflichtungen des Übereinkommens gebunden fühlen.

Darüber hinaus würden die Vorbehalte zu Artikel 9, Paragraph 2 und Artikel 15, Paragraph 2 in der Praxis zwangsläufig zu einer Frauen diskriminierenden Rechtssituation führen, die mit Ziel und Zweck des Übereinkommens nicht zu vereinbaren wäre.

Gemäß Artikel 28, Paragraph 2 des Übereinkommens sind Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar sind, nicht zulässig.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt daher Einspruch gegen die vorgenannten, von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte ein. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus.“

Finnland am 15. November 2005:

(Übersetzung)

“The Government of Finland has carefully examined the contents of the reservations made by the Government of the United Arab Emirates to paragraph (f) of Article 2, Article 9, paragraph (2) of Article 15 and Article 16 of the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women.

The Government of Finland recalls that by acceding to the Convention, a State commits itself to adopt the measures required for the elimination of discrimination, in all its forms and manifestations, against women.

The Government of Finland notes that a reservation which consists of a general reference to religious or other national law without specifying its contents does not clearly define to other Parties to the Convention the extent to which the reserving State commits itself to the Convention and creates serious doubts as to the commitment of the receiving State to fulfil its obligations under the Convention. Such reservations are, furthermore, subject to the general principle of treaty interpretation according to which a party may not invoke the provisions of its domestic law as justification for a failure to perform its treaty obligations.

The Government of Finland notes that the reservations made by the United Arab Emirates, addressing some of the most essential provisions of the Convention, and aiming to exclude the obligations under those provisions, are in contradiction with the object and purpose of the Convention.

The Government of Finland also recalls Part VI, Article 28 of the Convention according to which reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

The Government of Finland therefore objects to the above-mentioned reservations made by the Government of the United Arab Emirates to the Convention. This objection does not preclude the entry into force of the Convention between the United Arab Emirates and Finland. The Convention will thus become operative be-

„Die Regierung von Finnland hat den Inhalt der von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die Regierung von Finnland erinnert daran, dass sich ein Staat durch den Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung jeder Form und Erscheinungsweise der Diskriminierung der Frau zu ergreifen.

Die Regierung von Finnland stellt fest, dass ein Vorbehalt, der aus einem allgemeinen Verweis auf das religiöse oder sonstige innerstaatliche Recht ohne genaue Angabe seines Inhalts besteht, für die anderen Vertragsparteien des Übereinkommens nicht deutlich macht, inwieweit sich der den Vorbehalt anbringende Staat dem Übereinkommen verpflichtet fühlt, und ernste Zweifel an dem Willen des den Vorbehalt anbringenden Staates weckt, seine Verpflichtungen aus dem Übereinkommen zu erfüllen. Solche Vorbehalte unterliegen zudem dem allgemeinen Grundsatz der Vertragsauslegung, dem zufolge sich eine Vertragspartei nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen darf, um zu rechtfertigen, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Die Regierung von Finnland stellt fest, dass die von den Vereinigten Arabischen Emiraten angebrachten Vorbehalte, die sich auf einige der wesentlichsten Bestimmungen des Übereinkommens beziehen und darauf abzielen, die damit einhergehenden Verpflichtungen auszuschließen, Ziel und Zweck des Übereinkommens widersprechen.

Die Regierung von Finnland verweist darüber hinaus auf Teil VI Artikel 28 des Übereinkommens, dem zufolge mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung von Finnland erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate zu dem Übereinkommen angebrachten Vorbehalte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Finnland nicht aus. Das Überein-

tween the two states without the United Arab Emirates benefiting from its reservations.”

kommen tritt somit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass die Vereinigten Arabischen Emirate einen Nutzen aus ihren Vorbehalten ziehen können.“

Frankreich am 18. November 2005:

(Übersetzung)

«Le Gouvernement de la République française a examiné les réserves formulées par l'État des Emirats arabes unis lors de l'adhésion à la convention du 18 décembre 1979 sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes, en vertu desquelles l'État des Emirats arabes unis ne se considère pas lié par les dispositions de l'article 2, alinéa f), et de l'article 15, paragraphe 2, parce qu'elles sont contraires à la charia, d'une part, et se déclare lié par les dispositions de l'article 16 «dans la mesure où elles ne contredisent pas les principes de la charia», d'autre part. Le Gouvernement de la République française considère qu'en excluant, ou en subordonnant aux principes de la charia, l'application de ces dispositions, l'État des Emirats arabes unis formule des réserves de portée générale privant les dispositions de la convention de tout effet. Le Gouvernement de la République française considère que ces réserves sont contraires à l'objet et au but de la convention et y oppose une objection. Le Gouvernement de la République française fait également objection à la réserve formulée à l'article 9. Ces objections n'empêchent pas l'entrée en vigueur de la convention entre la France et les Emirats arabes unis.»

„Die Regierung der Französischen Republik hat die von den Vereinigten Arabischen Emiraten beim Beitritt zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte geprüft, denen zufolge die Vereinigten Arabischen Emirate sich einerseits durch Artikel 2 Buchstabe f und Artikel 15 Absatz 2 nicht als gebunden betrachten, da sie im Widerspruch zur Scharia stehen, und andererseits erklären, dass sie sich insoweit an Artikel 16 halten werden, ‚als er nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Scharia steht‘. Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass die Vereinigten Arabischen Emirate, indem sie die Anwendung dieser Bestimmungen ausschließen beziehungsweise sie den Grundsätzen der Scharia unterordnen, Vorbehalte allgemeiner Natur anbringen, die die Wirkung des Übereinkommens vollständig aufheben. Die Regierung der Französischen Republik ist der Auffassung, dass diese Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar sind und erhebt Einspruch gegen sie. Die Regierung der Französischen Republik erhebt zudem Einspruch gegen den zu Artikel 9 angebrachten Vorbehalt. Diese Einsprüche schließen das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Frankreich und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus.“

Griechenland am 4. Oktober 2005:

(Übersetzung)

“The Government of the Hellenic Republic have examined the reservations made by the Government of the United Arab Emirates upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (New York, 18 December 1979).

The Government of the Hellenic Republic consider that the reservations in respect of Articles 2 (f), which is a core provision of the above Convention, 15 paragraph 2 and 16, all containing a reference to the provisions of the Islamic Shariah, are of unlimited scope and, therefore, incompatible with the object and purpose of the Convention.

The Government of the Hellenic Republic recall that, according to Article 28 paragraph 2 of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted.

Consequently, the Government of the Hellenic Republic object to the aforementioned reservations made by the Government of the United Arab Emirates. This ob-

„Die Regierung der Hellenischen Republik hat die von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte geprüft.

Die Regierung der Hellenischen Republik ist der Auffassung, dass die Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, der eine grundlegende Bestimmung des genannten Übereinkommens darstellt, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16, die alle eine Bezugnahme auf die Bestimmungen der islamischen Scharia enthalten, unbegrenzter Natur und daher mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar sind.

Die Regierung der Hellenischen Republik erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Folglich erhebt die Regierung der Hellenischen Republik Einspruch gegen die genannten, von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate angebrachten Vorbe-

jection shall not preclude the entry into force of the Convention between Greece and the United Arab Emirates.”

Lettland am 4. Oktober 2005:

“The Government of the Republic of Latvia has carefully examined the reservations made by the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women upon accession to the Convention regarding Article 2 (f), Article 15 (2), and Article 16 thereof.

The Government of the Republic of Latvia considers that the reservations made by the United Arab Emirates contain general reference to national law without making specific reference to the extent of the obligations the United Arab Emirates are accepting.

Moreover, the Government of the Republic of Latvia is of the opinion that these reservations contradict to the object and purpose of the Convention and in particular to [the] obligation [of] all States Parties to pursue by all appropriate means and without delay a policy of eliminating discrimination against women.

The Government of the Republic of Latvia recalls Part VI, Article 28 of the Convention setting out that reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

The Government of the Republic of Latvia therefore objects to the aforesaid reservations made by the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

However, this objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Latvia and the United Arab Emirates.”

Die Niederlande am 31. Mai 2005:

“The Government of the Netherlands has examined the reservation made by the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

The application of the Articles 2 (f), 15 (2) and 16 of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women has been made subject to religious considerations. This makes it unclear to what extent the United Arab Emirates considers itself bound by the obligations of the treaty and therefore raises concerns as to the commitment of the United Arab Emirates to the object and purpose of the Covenant.

It is of the common interest of States that all parties respect treaties to which they

halte. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Griechenland und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung der Republik Lettland hat die von den Vereinigten Arabischen Emiraten beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 des Übereinkommens sorgfältig geprüft.

Die Regierung der Republik Lettland ist der Auffassung, dass die von den Vereinigten Arabischen Emiraten angebrachten Vorbehalte eine allgemeine Berufung auf innerstaatliches Recht enthalten, ohne dass näher bestimmt wird, in welchem Umfang die Vereinigten Arabischen Emirate Verpflichtungen annehmen.

Überdies ist die Regierung der Republik Lettland der Auffassung, dass diese Vorbehalte im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens und insbesondere zu der Verpflichtung aller Vertragsstaaten stehen, mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu verfolgen.

Die Regierung der Republik Lettland verweist auf Teil VI Artikel 28 des Übereinkommens, dem zufolge mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung der Republik Lettland erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Lettland und den Vereinigten Arabischen Emiraten jedoch nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung der Niederlande hat den von den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt geprüft.

Die Anwendung des Artikels 2 Buchstabe f, des Artikels 15 Absatz 2 und des Artikels 16 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ist von religiösen Erwägungen abhängig gemacht worden. Dies lässt es im Unklaren, in welchem Umfang sich die Vereinigten Arabischen Emirate durch die Verpflichtungen der Übereinkunft als gebunden betrachten, und weckt deshalb Zweifel an der Verpflichtung der Vereinigten Arabischen Emirate in Bezug auf Ziel und Zweck der Übereinkunft.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragspar-

have chosen to become parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties. According to customary international law, as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, a reservation which is incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted (Art. 19 c).

The Government of the Netherlands therefore objects to the reservation made by the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Covenant between the United Arab Emirates and the Kingdom of the Netherlands, without the United Arab Emirates benefiting from its reservation.”

Norwegen am 1. Dezember 2005:

“The Government of the Kingdom of Norway has examined the reservations made by the Government of the United Arab Emirates on 6 October 2004 on accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (New York, 18 December 1979) in respect of articles 2 (f); 9; 15 (c) and 16.

The Government of the Kingdom of Norway is of the view that the reservation in respect of article 2 (f), which is a core provision of the above Convention, taken together with the reservations in respect of articles 9, 15 (c) and 16, raise doubts as to the full commitment of the United Arab Emirates to the object and purpose of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women and would like to recall that, according to article 28 (2) of the Convention, a reservation incompatible with the object and purpose of the present Convention shall not be permitted.

The Government of the Kingdom of Norway therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. This objection does not preclude the entry into force, in its entirety, of the Convention between the Kingdom of Norway and the United Arab Emirates, without the United Arab Emirates benefiting from these reservations.”

teien zu werden sie beschlossen haben, von allen Vertragsparteien eingehalten werden und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen. Nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge niedergelegt ist, ist ein Vorbehalt, der mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbar ist, nicht zulässig (Artikel 19 Buchstabe c).

Die Regierung der Niederlande erhebt daher Einspruch gegen den von den Vereinigten Arabischen Emiraten zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten der Übereinkunft zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Königreich der Niederlande nicht aus, ohne dass die Vereinigten Arabischen Emirate einen Nutzen aus ihrem Vorbehalt ziehen können.“

(Übersetzung)

„Die Regierung des Königreichs Norwegen hat die von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate am 6. Oktober 2004 beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2*) sowie Artikel 16 geprüft.

Die Regierung des Königreichs Norwegen ist der Auffassung, dass der Vorbehalt zu Artikel 2 Buchstabe f, der eine grundlegende Bestimmung des genannten Übereinkommens darstellt, in Verbindung mit den Vorbehalten zu Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2*) und Artikel 16 Zweifel an der uneingeschränkten Verpflichtung der Vereinigten Arabischen Emirate in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau weckt und möchte daran erinnern, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens ein mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Die Regierung des Königreichs Norwegen erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate angebrachten Vorbehalte zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen dem Königreich Norwegen und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus; dabei können die Vereinigten Arabischen Emirate keinen Nutzen aus diesen Vorbehalten ziehen.“

*) Anm. d. Übers.: Im englischen Text steht „c“, den Buchstaben c gibt es aber im Übereinkommen nicht; im genannten Vorbehalt der Vereinigten Arabischen Emirate heißt es auch korrekt „Artikel 15 Absatz 2“.

Österreich am 5. Oktober 2005:

(Übersetzung)

„The Government of Austria has examined the reservation made by the Government of the United Arab Emirates upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women regarding articles 2 (f), 9, 15 (2), 16 and 29 (1).

The Government of Austria finds that the reservations to article 2 (f), article 9, article 15 (2) and article 16, if put into practice, would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex. This is contrary to the object and purpose of the Convention.

The Government of Austria would like to recall that, according to article 28 (2) of the Convention as well as customary international law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties, a reservation incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose, by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

For these reasons, the Government of Austria objects to the aforementioned reservations made by the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This position, however, does not preclude the entry into force in its entirety of the Convention between the United Arab Emirates and Austria.”

„Die Regierung von Österreich hat den von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalt zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2, Artikel 16 sowie Artikel 29 Absatz 1 geprüft.

Die Regierung von Österreich ist der Meinung, dass die Umsetzung der Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 und Artikel 16 unweigerlich zu einer mit dem Geschlecht begründeten Diskriminierung der Frau führen würde. Dies ist mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar.

Die Regierung von Österreich möchte daran erinnern, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sowie nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge niedergelegt ist, ein mit Ziel und Zweck eines Vertrags unvereinbarer Vorbehalt nicht zulässig ist.

Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden, und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Aus diesen Gründen erhebt die Regierung von Österreich Einspruch gegen die genannten, von den Vereinigten Arabischen Emiraten zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Standpunkt schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens in seiner Gesamtheit zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Österreich jedoch nicht aus.“

Polen am 28. November 2005:

(Übersetzung)

(Original: English and Polish)

„The Government of the Republic of Poland has examined the reservations made by the United Arab Emirates upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, adopted by the General Assembly of the United Nations on December 18, 1979, hereinafter called the Convention, regarding articles 2 (f), 9, 15 (2) and 16.

The Government of the Republic of Poland considers that the reservations made by the United Arab Emirates are incompatible with the object and purpose of the Convention which guarantees equal rights of women and men to exercise their economic, social, cultural, civil and political rights. The Government of the Republic of Poland therefore considers that, according

(Original: Englisch und Polnisch)

„Die Regierung der Republik Polen hat die Vorbehalte, welche die Vereinigten Arabischen Emirate beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, angenommen durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979, im Folgenden als Übereinkommen bezeichnet, zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 angebracht haben, geprüft.

Die Regierung der Republik Polen ist der Auffassung, dass die von den Vereinigten Arabischen Emiraten angebrachten Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens, das Frauen und Männern gleiche Rechte zur Ausübung ihrer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen und politischen Rechte garantiert, unvereinbar sind. Die Regierung der Republik

to the customary international law as codified in the Vienna Convention on the Law of Treaties (article 19 (c)), done at Vienna on 23 May 1969, as well as article 28 (2) of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, reservations incompatible with the object and purpose of a treaty shall not be permitted.

The Government of the Republic of Poland therefore objects to the aforementioned reservations made by the United Arab Emirates upon accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, adopted by the General Assembly of the United Nations on 18 December 1979, regarding articles 2 (f), 9, 15 (2) and 16.

This objection does not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Poland and the United Arab Emirates.”

Portugal am 28. November 2005:

“The Portuguese Government has carefully examined the reservations made by the United Arab Emirates upon its accession to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW).

Most of these reservations concern fundamental provisions of the Convention, such as articles 2 (f), 9, 15 (2) and 16, since they outline the measures which a State Party is required to take in order to implement the Convention, cover the fundamental rights of women and deal with the key elements for the elimination of discrimination against women.

Portugal considers that such reservations, consisting of references to the precepts of the Shariah and to national legislation, create serious doubts as to the commitment of the reserving State to the object and purpose of the Convention and to the extent it has accepted the obligations imposed by it and, moreover, contribute to undermining the basis of international law.

It is in the common interest of all States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose by all parties and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under these treaties.

The Government of the Portuguese Republic, therefore, objects to the above reservations made by the United Arab Emirates to the CEDAW.

Polen ist daher der Auffassung, dass nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Artikel 19 Buchstabe c) vom 23. Mai 1969 niedergelegt ist, sowie nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Die Regierung der Republik Polen erhebt daher Einspruch gegen die genannten Vorbehalte, welche die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, angenommen durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979, zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 angebracht hat.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Polen und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus.“

(Übersetzung)

„Die Regierung von Portugal hat die von den Vereinigten Arabischen Emiraten beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) angebrachten Vorbehalte sorgfältig geprüft.

Die meisten dieser Vorbehalte betreffen grundlegende Bestimmungen des Übereinkommens wie Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16, da sie die Maßnahmen darlegen, die ein Vertragsstaat ergreifen muss, um das Übereinkommen durchzuführen, sich auf die grundlegende Rechte der Frau beziehen und wichtige Elemente der Beseitigung der Diskriminierung der Frau behandeln.

Portugal ist der Auffassung, dass derartige Vorbehalte, die aus Bezugnahmen auf die Grundsätze der Scharia und auf innerstaatliche Rechtsvorschriften bestehen, ernste Zweifel an der Verpflichtung des die Vorbehalte anbringenden Staates in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens sowie in Bezug auf das Ausmaß wecken, in dem er die durch das Übereinkommen auferlegten Verpflichtungen angenommen hat, und überdies dazu beitragen, die Grundlagen des Völkerrechts zu untergraben.

Es liegt im gemeinsamen Interesse aller Staaten, dass Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck von allen Vertragsparteien eingehalten werden, und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Die Regierung der Portugiesischen Republik erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von den Vereinigten Arabischen Emiraten zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between Portugal and the United Arab Emirates.”

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen Portugal und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus.“

Schweden am 5. Oktober 2005:

(Übersetzung)

“The Government of Sweden has examined the reservations made by [the] United Arab Emirates upon acceding to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women, regarding Article 2 (f), 9, 15 (2) and 16.

„Die Regierung von Schweden hat die von den Vereinigten Arabischen Emiraten beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 geprüft.

The Government of Sweden notes that the said articles are being made subject to reservations referring to national legislation and Sharia principles.

Die Regierung von Schweden stellt fest, dass zu den genannten Artikeln Vorbehalte angebracht werden, die auf innerstaatliche Rechtsvorschriften und auf die Grundsätze der Scharia Bezug nehmen.

The Government of Sweden is of the view that these reservations which do not clearly specify the extent of the United Arab Emirates' derogation from the provisions in question raises serious doubts as to the commitment of the United Arab Emirates to the object and purpose of the Convention. The reservations in question, if put into practice, would inevitably result in discrimination against women on the basis of sex, which is contrary to the object and purpose of the Convention. It should be borne in mind that the principles of the equal rights of women and men and of non-discrimination on the basis of sex are set forth in the Charter of the United Nations as one of the purposes of the organization, as well as in the declaration of Human Rights of 1948.

Die Regierung von Schweden ist der Auffassung, dass diese Vorbehalte, die nicht klar darlegen, in welchem Umfang die Vereinigten Arabischen Emirate die betreffenden Bestimmungen unberücksichtigt lassen, ernsthafte Zweifel an der Verpflichtung der Vereinigten Arabischen Emirate in Bezug auf Ziel und Zweck des Übereinkommens wecken. Die Umsetzung der betreffenden Vorbehalte würde unweigerlich zu einer mit dem Geschlecht begründeten Diskriminierung der Frau führen, was mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar ist. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Grundsätze der Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts in der Charta der Vereinten Nationen als Ziele der Organisation festgeschrieben sowie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 niedergelegt sind.

According to article 28 (2) of the Convention, and to international customary law as codified in the Vienna convention on the Law of the Treaties, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention shall not be permitted. It is in the common interest of States that treaties to which they have chosen to become parties are respected as to their object and purpose, by all parties, and that States are prepared to undertake any legislative changes necessary to comply with their obligations under the treaties.

Nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens sowie nach dem Völkergewohnheitsrecht, wie es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge niedergelegt ist, sind mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig. Es liegt im gemeinsamen Interesse der Staaten, dass Verträge, deren Vertragspartei zu werden sie beschlossen haben, nach Ziel und Zweck auch von allen Vertragsparteien eingehalten werden, und dass die Staaten bereit sind, alle zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen notwendigen Gesetzesänderungen vorzunehmen.

The Government of Sweden therefore objects to the aforesaid reservations made by the Government of the United Arab Emirates to the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women and considers them null and void.

Die Regierung von Schweden erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte und betrachtet sie als nichtig.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the United Arab Emirates and Sweden. The convention enters into force in its entirety between the two States, without the United Arab Emirates benefiting from its reservations.”

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und Schweden nicht aus. Das Übereinkommen tritt in seiner Gesamtheit zwischen den beiden Staaten in Kraft, ohne dass die Vereinigten Arabischen Emirate einen Nutzen aus ihren Vorbehalten ziehen können.“

Spanien am 6. Oktober 2005:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

„The Government of the Kingdom of Spain has examined the reservations entered by the Government of the United Arab Emirates to article 2, subparagraph (f); article 9; article 15, paragraph 2; and article 16 of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women upon its accession to that instrument on 6 October 2004.

The Government of the Kingdom of Spain considers that these reservations are incompatible with the object and purpose of the Convention, since they are intended to exempt the United Arab Emirates from obligations relating to essential aspects of the Convention: one of a general nature, namely the adoption of measures, including legislation, to eliminate all forms of discrimination against women (article 2, subparagraph (f)), and others concerning specific forms of discrimination in relation to nationality (article 9), legal capacity in civil matters (article 15, paragraph 2) and marriage and family relations (article 16).

The Government of the Kingdom of Spain recalls that, under article 28, paragraph 2, of the Convention, reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

Moreover, the reservation to article 16 of the Convention makes a general reference to the principles of Islamic law without specifying their content, with the result that the other States Parties cannot precisely determine the extent to which the Government of the United Arab Emirates accepts the obligations set out in article 16 of the Convention.

Accordingly, the Government of the Kingdom of Spain objects to the reservations entered by the Government of the United Arab Emirates to article 2, subparagraph (f); article 9; article 15, paragraph 2; and article 16 of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Kingdom of Spain and the United Arab Emirates.”

(Übersetzung) (Original: Spanish)

„Die Regierung des Königreichs Spanien hat die von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate beim Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau am 6. Oktober 2004 angebrachten Vorbehalte zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 des Übereinkommens geprüft.

Die Regierung des Königreichs Spanien ist der Auffassung, dass diese Vorbehalte mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbar sind, da sie darauf abzielen, die Vereinigten Arabischen Emirate von mit grundlegenden Aspekten des Übereinkommens in Verbindung stehenden Verpflichtungen zu entbinden: Hierbei handelt es sich um eine Verpflichtung allgemeiner Art, nämlich die, Maßnahmen, einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen, zu treffen, um jede Form von Diskriminierung der Frau zu beseitigen (Artikel 2 Buchstabe f), und um Verpflichtungen, die besondere Formen der Diskriminierung in Verbindung mit Staatsangehörigkeit (Artikel 9), Rechtsfähigkeit in zivilrechtlichen Fragen (Artikel 15 Absatz 2) sowie Ehe- und Familienfragen (Artikel 16) betreffen.

Die Regierung des Königreichs Spanien erinnert daran, dass nach Artikel 28 Absatz 2 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.

Überdies nimmt der Vorbehalt zu Artikel 16 des Übereinkommens allgemein Bezug auf die Grundsätze des islamischen Rechts, ohne deren Inhalt näher zu bestimmen, was zur Folge hat, dass die anderen Vertragsstaaten nicht eindeutig bestimmen können, in welchem Umfang die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate die in Artikel 16 des Übereinkommens niedergelegten Verpflichtungen annimmt.

Demgemäß erhebt die Regierung des Königreichs Spanien Einspruch gegen die von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate zu Artikel 2 Buchstabe f, Artikel 9, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Königreich Spanien und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus.“

Vereinigtes Königreich am 17. August 2005:

(Übersetzung)

„The Government of the United Kingdom have examined the reservations made by the Government of the United Arab Emirates to [the] Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (New York, 18 December 1979) on 6 October 2004 in respect of Articles 2 (f),

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs hat die von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate am 6. Oktober 2004 zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (New York, 18. Dezember 1979) angebrachten Vorbehalte bezüglich Artikel 2

15 (2), and 16 on the applicability of Sharia law.

The Government of the United Kingdom note that a reservation which consists of a general reference to a system of law without specifying its contents does not clearly define for the other States Parties to the Convention the extent to which the reserving State has accepted the obligations of the Convention. The Government of the United Kingdom therefore object to the aforesaid reservations made by the Government of the United Arab Emirates.

This objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United Arab Emirates.”

Buchstabe f, Artikel 15 Absatz 2 sowie Artikel 16 über die Anwendbarkeit der Scharia geprüft.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs stellt fest, dass ein Vorbehalt, der aus einer allgemeinen Berufung auf eine Rechtsordnung besteht, ohne deren Inhalte näher zu bestimmen, für die anderen Vertragsstaaten des Übereinkommens nicht eindeutig darlegt, in welchem Umfang der den Vorbehalt anbringende Staat die Verpflichtungen des Übereinkommens angenommen hat. Die Regierung des Vereinigten Königreichs erhebt daher Einspruch gegen die genannten, von der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate angebrachten Vorbehalte.

Dieser Einspruch schließt das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht aus.“

V.

Rücknahmen und Änderungen von Vorbehalten

Die Cookinseln haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 30. Juli 2007 die Rücknahme ihrer bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalte (siehe unter III.) notifiziert.

Kuwait hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 9. Dezember 2005 die Rücknahme seines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde zu Artikel 7 Buchstabe a des Übereinkommens angebrachten Vorbehalts notifiziert (vgl. die Bekanntmachung vom 11. April 1996, BGBl. II S. 748).

Neuseeland hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 5. Juli 2007 die teilweise Rücknahme seiner bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalte notifiziert, soweit sie sich auf die Einstellung von Frauen in die Streitkräfte oder Gesetzesvollzugskräfte beziehen (Vorbehalte, dritter und vierter Absatz; vgl. die Bekanntmachung vom 13. November 1985, BGBl. II S. 1243). Die Rücknahme gilt auch für Tokelau.

Österreich hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 14. September 2006 mit nachstehender Erklärung die teilweise Rücknahme seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts (vgl. die Bekanntmachung vom 13. November 1985, BGBl. II S. 1243) notifiziert:

(Übersetzung)

“The reservation formulated by the Republic of Austria to Article 11 of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women on the occasion of ratification is withdrawn with regard to the night work of women. The Republic of Austria maintains the reservation with regard to the special protection of working women.

Therefore, the reservation to Article 11 now reads as follows: ‘Austria reserves its right to apply the provision of Article 11, as far as special protection of working women is concerned within the limits established by national legislation’.”

„Der von der Republik Österreich anlässlich der Ratifikation formulierte Vorbehalt zu Artikel 11 der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau wird hinsichtlich der Nachtarbeit von Frauen zurückgezogen. Die Republik Österreich hält den Vorbehalt hinsichtlich des Arbeitnehmerschutzes von Frauen aufrecht.

Der Vorbehalt zu Artikel 11 lautet somit wie folgt: ‚Österreich behält sich das Recht vor, Artikel 11 in Bezug auf den besonderen Arbeitnehmerschutz von Frauen im Rahmen der in der innerstaatlichen Gesetzgebung vorgesehenen Beschränkungen anzuwenden.‘“

Singapur hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 24. Juli 2007 die Rücknahme von Absatz 2 seines bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde angebrachten Vorbehalts (vgl. die Bekanntmachung vom 22. Oktober 1996, BGBl. II S. 2611) notifiziert.

Die T ü r k e i hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 29. Januar 2008 die R ü c k n a h m e ihrer bei Beitritt abgegebenen Erklärung zu Artikel 9 Abs. 1 des Übereinkommens (vgl. die Bekanntmachung vom 19. Oktober 1987, BGBl. II S. 695) notifiziert.

Das V e r e i n i g t e K ö n i g r e i c h hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 6. Juni 2005 mit nachstehender Erklärung die Ä n d e r u n g von Abschnitt A Buchstabe c seines bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalts (vgl. die Bekanntmachung vom 15. Januar 1988, BGBl. II S. 109) notifiziert:

(Übersetzung)

“... to refer to the reservation made by the United Kingdom upon ratification and to inform you that the Government of the United Kingdom wish to withdraw from paragraph A c) of that reservation the words:

‘to the admission into or service in the Armed Forces of the Crown’

and to substitute the words:

‘any act done for the purpose of ensuring the combat effectiveness of the Armed Forces of the Crown.’

so that Paragraph A c) of the United Kingdom’s reservation will then read:

‘In the light of the definition contained in Article 1, the United Kingdom’s ratification is subject to the understanding that none of its obligations under the Convention shall be treated as extending to the succession to, or possession and enjoyment of, the Throne, the peerage, titles of honour, social precedence or armorial bearings, or as extending to the affairs of religious denominations or orders or any act done for the purpose of ensuring the combat effectiveness of the Armed Forces of the Crown.’ ”

„... Bezug nehmend auf den vom Vereinigten Königreich bei der Ratifikation angebrachten Vorbehalt möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Regierung des Vereinigten Königreichs wünscht, aus Absatz A Buchstabe c dieses Vorbehalts die Wörter

‘die Aufnahme in die Streitkräfte der Krone oder den Dienst in diesen Streitkräften’

zu streichen und durch die Wörter

‘Maßnahmen mit dem Ziel, die Kampfbereitschaft der Streitkräfte der Krone zu gewährleisten.’

zu ersetzen, sodass Absatz A Buchstabe c des Vorbehalts des Vereinigten Königreichs nunmehr wie folgt lautet:

‘Angesichts der in Artikel 1 enthaltenen Begriffsbestimmung erfolgt die Ratifikation durch das Vereinigte Königreich unter der Voraussetzung, dass seine Verpflichtungen aufgrund des Übereinkommens nicht so behandelt werden, als erstreckten sie sich auf die Nachfolge in Bezug auf den Thron, den Adelsstand, Ehrentitel, gesellschaftliche Rangfolge oder Wappen bzw. auf den Besitz und die Inanspruchnahme dieser Rechtsgüter oder als erstreckten sie sich auf Angelegenheiten religiöser Bekenntnisse oder Orden oder auf Maßnahmen mit dem Ziel, die Kampfbereitschaft der Streitkräfte der Krone zu gewährleisten.’ “

Weiter hat das V e r e i n i g t e K ö n i g r e i c h dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 24. Juli 2007 die R ü c k n a h m e von Abschnitt A Buchstabe d des Vorbehalts notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. März 2005 (BGBl. II S. 565).

Berlin, den 27. Februar 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten
der Internationalen Meeresbodenbehörde**

Vom 26. März 2008

I.

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Februar 2007 zu dem Protokoll vom 27. März 1998 über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde (BGBl. 2007 II S. 195) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für die

Bundesrepublik Deutschland	am	8. Juli 2007
----------------------------	----	--------------

in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde war am 8. Juni 2007 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Das Protokoll ist ferner für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Ägypten	am	31. Mai 2003
Argentinien	am	19. November 2006
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Brasilien	am	16. Dezember 2007
Chile	am	10. März 2005
nach Maßgabe des unter II. abgedruckten Vorbehalts		
Dänemark	am	16. Dezember 2004
Estland	am	2. März 2008
Finnland	am	30. November 2007
Indien	am	14. Dezember 2005
Italien	am	18. August 2006
Jamaika	am	31. Mai 2003
Kamerun	am	31. Mai 2003
Kroatien	am	31. Mai 2003
Mauritius	am	21. Januar 2005
Niederlande	am	31. Mai 2003
für das Königreich in Europa		
Nigeria	am	31. Mai 2003
Norwegen	am	9. Juni 2006
Oman	am	11. April 2004
Österreich	am	25. Oktober 2003
Polen	am	1. November 2007
Portugal	am	4. März 2007
Slowakei	am	31. Mai 2003
Spanien	am	31. Mai 2003
Trinidad und Tobago	am	9. September 2005
Tschechische Republik	am	31. Mai 2003
Uruguay	am	5. August 2006
Vereinigtes Königreich	am	31. Mai 2003.

II.

Argentinien hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 20. Oktober 2006 die folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

Declaration (Translation) (Original: Spanish)

“The Republic of Argentina will accord such privileges and immunities as are specified in the Protocol on the Privileges and Immunities of the International Seabed Authority, adopted in Kingston on 27 March 1998, to members of the Secretariat of the International Seabed Authority who are nationals or permanent residents in its territory to the extent necessary for the adequate fulfillment of their duties. With regard to fiscal and customs matters those members will be subject to the national norms applied in its territory.”

Erklärung (Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Die Argentinische Republik wird den Mitgliedern des Sekretariats der Internationalen Meeresbodenbehörde, die Staatsangehörige der Argentinischen Republik sind oder ihren ständigen Aufenthalt in ihrem Hoheitsgebiet haben, die in dem am 27. März 1998 in Kingston angenommenen Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Meeresbodenbehörde festgelegten Vorrechte und Immunitäten in dem Maße gewähren, wie es für die angemessene Erfüllung ihrer Pflichten notwendig ist. In Bezug auf Steuer- und Zollangelegenheiten werden diese Mitglieder den im Hoheitsgebiet der Argentinischen Republik geltenden innerstaatlichen Rechtsnormen unterliegen.“

Chile hat bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 8. Februar 2005 den folgenden Vorbehalt abgegeben:

(Übersetzung)

Reservation (Translation) (Original: Spanish)

“The Government of Chile expresses a reservation with respect to article 8, paragraph 2 (d) of the Protocol, as that provision will not exempt its nationals from national service obligations.”

Vorbehalt (Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Die Regierung von Chile bringt einen Vorbehalt zu Artikel 8 Absatz 2 Buchstabe d des Protokolls dahin gehend an, dass durch diese Bestimmung die Staatsangehörigen von Chile nicht von nationalen Dienstleistungen befreit werden.“

Berlin, den 26. März 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Bekanntmachung zu dem Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme

Vom 27. März 2008

Folgende Staaten haben dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme (BGBl. 1980 II S. 1361) Einsprüche gegen die von Iran abgegebene Auslegungserklärung (vgl. die Bekanntmachung vom 29. Januar 2007, BGBl. II S. 258) notifiziert:

Deutschland am 21. November 2007:

(Übersetzung)

„The Government of the Federal Republic of Germany has carefully examined the interpretative declaration made by the Islamic Republic of Iran with regard to the International Convention against the Taking of Hostages.

Germany considers that this interpretative declaration cannot limit the scope of the application of the Convention; otherwise it would be a reservation contrary to its object and purpose, if purporting to exclude from the acts prohibited by the Convention acts committed in the struggle of peoples under colonial domination and foreign occupation.

Therefore, the Federal Republic of Germany does not consider the declaration made by Iran to have any legal effect on the Convention.”

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat die von der Regierung der Islamischen Republik Iran zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme abgegebene Auslegungserklärung sorgfältig geprüft.

Deutschland ist der Auffassung, dass die Auslegungserklärung den Geltungsbereich des Übereinkommens nicht einschränken kann; andernfalls, würde sie tatsächlich Handlungen, die im Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung begangen werden, von den durch das Übereinkommen verbotenen Handlungen ausnehmen, wäre sie ein Vorbehalt, der im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daher der Auffassung, dass die von Iran abgegebene Erklärung für das Übereinkommen rechtlich wirkungslos ist.“

Frankreich am 16. November 2007:

(Übersetzung)

«La France a examiné la réserve et les deux déclarations interprétatives formulées par la République islamique d'Iran lors de son adhésion, le 20 novembre 2006, à la convention internationale contre la prise d'otages faite à New York le 17 septembre 1979.

La France estime que la déclaration par laquelle l'Iran dit croire que 'la lutte contre le terrorisme ne doit pas affecter le combat légitime que mènent les peuples sous domination coloniale et sous occupation étrangère pour exercer leur droit à l'auto-détermination' est sans effet sur les dispositions de la Convention. Nonobstant, la France souhaite rappeler qu'elle considère que l'acte de prise d'otages est interdit en toutes circonstances»

„Frankreich hat den Vorbehalt und die beiden Auslegungserklärungen geprüft, welche die Islamische Republik Iran am 20. November 2006 bei ihrem Beitritt zu dem am 17. September 1979 beschlossenen Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme abgegeben hat.

Frankreich ist der Ansicht, dass die Erklärung, mit der Iran die Auffassung bekundet, dass ‚der berechtigte Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung von der Bekämpfung des Terrorismus nicht berührt werden sollte‘, für das Übereinkommen wirkungslos ist. Ungeachtet dessen möchte Frankreich daran erinnern, dass es der Auffassung ist, dass Geiselnahme unter allen Umständen verboten ist.“

Japan am 27. November 2007:

(Übersetzung)

“The Government of Japan has carefully examined the interpretative declaration made by the Government of the Islamic Republic of Iran at the time of its accession to the International Convention against the Taking of Hostages (hereinafter referred to as the ‘Convention’) which reads as follows:

‘The Islamic Republic of Iran further believes that fighting terrorism should not affect the legitimate struggle of peoples under colonial domination and foreign occupation in the exercise of their right of self-determination, as enshrined in a variety of international documents, including the Charter of the United Nations, the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States in accordance with the Charter of the United Nations, and Article 1 paragraph 4 of the Protocol I Additional to the Geneva Conventions of 12 August 1949, and relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts.’

The Government of Japan does not consider that the aforementioned interpretative declaration made by the Government of the Islamic Republic of Iran purports to exclude or to modify the legal effect of certain provisions of the Convention in their application to the Islamic Republic of Iran. The Government of Japan thus regards the interpretative declaration made by the Islamic Republic of Iran as having no effect on the application of the Convention between the two countries.

The Government of Japan wishes to take this opportunity to declare its unequivocal condemnation of all acts of terrorism, including taking of hostages, as criminal and unjustifiable, regardless of their motives, and to emphasize the importance to ensure that any person committing an act of terrorism does not escape prosecution and punishment.”

„Die Regierung von Japan hat die von der Regierung der Islamischen Republik Iran zum Zeitpunkt ihres Beitritts zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme (im Folgenden als ‚Übereinkommen‘ bezeichnet) abgegebene Auslegungserklärung sorgfältig geprüft; die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Islamische Republik Iran ist ferner der Auffassung, dass der berechtigte Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung, wie es in einer Vielzahl völkerrechtlicher Dokumente, darunter der Charta der Vereinten Nationen, der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen sowie Artikel 1 Absatz 4 des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I), verankert ist, von der Bekämpfung des Terrorismus nicht berührt werden sollte.’

Die Regierung von Japan ist nicht der Auffassung, dass die genannte von der Regierung der Islamischen Republik Iran abgegebene Auslegungserklärung tatsächlich die Rechtswirkung bestimmter Bestimmungen des Übereinkommens in ihrer Anwendung auf die Islamische Republik Iran ausschließt oder verändert. Die Regierung von Japan ist daher der Auffassung, dass sich die von der Islamischen Republik Iran abgegebene Auslegungserklärung nicht auf die Anwendung des Übereinkommens zwischen den beiden Ländern auswirkt.

Die Regierung von Japan möchte diese Gelegenheit nutzen, um zu erklären, dass sie alle terroristischen Handlungen, einschließlich Geiselnahme, unabhängig von den ihnen zugrunde liegenden Motiven entschieden als verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen verurteilt, und möchte betonen, wie wichtig es ist zu gewährleisten, dass Personen, die terroristische Handlungen begangen haben, einer strafrechtlichen Verfolgung und Bestrafung nicht entgehen.“

Kanada am 20. November 2007:

(Übersetzung)

(Original: English and French)

“The Government of Canada has carefully examined the interpretative declaration made by the Government of the Islamic Republic of Iran upon acceding to the International Convention against the Taking of Hostages. The Government of Canada notes that the interpretative declaration has potential to limit the scope of application of the Convention to exclude acts that other-

(Original: Englisch und Französisch)

„Die Regierung von Kanada hat die von der Regierung der Islamischen Republik Iran beim Beitritt zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme abgegebene Auslegungserklärung sorgfältig geprüft. Die Regierung von Kanada stellt fest, dass die Auslegungserklärung den Geltungsbereich des Übereinkommens so einschränken könnte, dass Handlungen,

wise constitute the offence of 'taking of hostages' under article 2, if they meet the test of 'legitimate struggle of peoples under colonial domination and foreign occupation in the exercise of their right of self-determination'. The Government of Canada notes that this interpretative declaration does not limit the obligations of the Islamic Republic of Iran under the Convention with regard to article 1. The Government of Canada opposes any and all interpretations of the Convention that would limit its scope of application and does not consider the declaration made by the Islamic Republic of Iran to have any effect on the Convention."

die eigentlich als Straftat der ‚Geiselnahme‘ (nach Artikel 2*) zu werten wären, hiervon ausgenommen sind, wenn sie das Kriterium des ‚berechtigten Kampfes von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung‘ erfüllen. Die Regierung von Kanada stellt fest, dass diese Auslegungserklärung die Verpflichtungen der Islamischen Republik Iran aus dem Übereinkommen im Hinblick auf dessen Artikel 1 nicht einschränkt. Die Regierung von Kanada weist jegliche Auslegung des Übereinkommens, die dessen Geltungsbereich einschränkt, zurück und ist der Auffassung, dass die von der Islamischen Republik Iran abgegebene Erklärung für das Übereinkommen wirkungslos ist.“

*) Anm. d. Übers.: Gemeint ist offensichtlich Artikel 1.

Lettland am 24. Oktober 2007:

(Übersetzung)

„The Government of the Republic of Latvia has carefully examined the reservation regarding Article 16, paragraph 1 and declarations made by the Islamic Republic of Iran to the International Convention against the Taking [of] Hostages.

The Government of the Republic of Latvia considers that the aim of the said International Convention is to prevent and suppress hostage taking by whomever it is committed, and the legitimate struggle of peoples under colonial domination and foreign occupation, as the said rights are recognized by Charter of the United Nations, the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Cooperation among States, Protocol I Additional to the Geneva Convention of 12 August 1949 could not be deemed to be penalized under the International Convention against the [Taking of] Hostages.

However, the Government of the Republic of Latvia is of the opinion that this explanatory declaration is in fact unilateral act that is deemed to limit the scope of the said International Convention and therefore should be regarded as reservation. Thus, this reservation named as an explanatory declaration contradicts the objectives and purposes of the International Convention against the [Taking of Hostages] to prevent hostage taking wherever and by whomever those might be committed.

Therefore, the Government of the Republic of Latvia is of the opinion that this reservation named as an interpretative declaration made by the Islamic Republic of Iran contradicts the object and purpose of the International Convention and in particular the obligation all States Parties to penalize the offences set forth within the

„Die Regierung der Republik Lettland hat den von der Islamischen Republik Iran zu Artikel 16 Absatz 1 des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme angebrachten Vorbehalt und die zu dem Übereinkommen abgegebenen Erklärungen sorgfältig geprüft.

Die Regierung der Republik Lettland ist der Ansicht, dass das Ziel des genannten internationalen Übereinkommens darin besteht, Geiselnahmen zu verhüten und zu bekämpfen, gleichviel, von wem sie begangen werden, und dass der berechtigte Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung, wie er in der Charta der Vereinten Nationen, in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten sowie im Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 (Protokoll I) anerkannt ist, nicht aufgrund des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme unter Strafe gestellt werden kann.

Die Regierung der Republik Lettland ist indessen der Ansicht, dass diese erläuternde Erklärung in Wirklichkeit eine einseitige Handlung ist, die als Einschränkung des Geltungsbereichs des genannten internationalen Übereinkommens angesehen wird und daher als Vorbehalt zu betrachten ist. Der genannte, als erläuternde Erklärung bezeichnete Vorbehalt steht somit im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme, nämlich Geiselnahmen zu verhüten, gleichviel, wo und von wem sie begangen werden.

Die Regierung der Republik Lettland ist daher der Ansicht, dass der genannte von der Islamischen Republik Iran angebrachte und als Auslegungserklärung bezeichnete Vorbehalt im Widerspruch zu Ziel und Zweck des internationalen Übereinkommens steht und insbesondere der Verpflichtung aller Vertragsstaaten entgegen-

said International Convention by appropriate penalty.

Moreover, the Government of the Republic of Latvia recalls Part VI, Article 28 of the Convention setting out that reservations incompatible with the object and purpose of the Convention are not permitted.

Therefore, the Government of the Republic of Latvia objects to the aforesaid reservation named as an interpretative declaration regarding non-application of the said International Convention to the legitimate struggle by the peoples under colonial domination or foreign occupation made by the Islamic Republic of Iran to the International Convention against the Taking [of] Hostages.

However, this objection shall not preclude the entry into force of the Convention between the Republic of Latvia and the Islamic Republic of Iran. Thus, the Convention will become operative without the Islamic Republic of Iran benefiting from its reservation."

steht, die im genannten internationalen Übereinkommen aufgeführten Straftaten mit angemessenen Strafen zu bedrohen.

Die Regierung der Republik Lettland erinnert überdies daran, dass nach Teil VI Artikel 28 des Übereinkommens mit Ziel und Zweck des Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte nicht zulässig sind.*)"

Die Regierung der Republik Lettland erhebt daher Einspruch gegen den genannten von der Islamischen Republik Iran zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme angebrachten und als Auslegungserklärung bezeichneten Vorbehalt betreffend die Nichtanwendung des genannten internationalen Übereinkommens auf den berechtigten Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung.

Dieser Einspruch schließt jedoch das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Republik Lettland und der Islamischen Republik Iran nicht aus. Das Übereinkommen tritt somit in Kraft, ohne dass die Islamische Republik Iran einen Nutzen aus ihrem Vorbehalt ziehen kann."

*) Anm. d. Übers.: Dieser Satz kann sich nicht auf das Internationale Übereinkommen gegen Geiselnahme beziehen, da dieses nur aus 20 Artikeln besteht. Vermutlich wurde der Satz fälschlicherweise aus den Einsprüchen Lettlands vom 6. Dezember 2006 gegen die Vorbehalte von Oman und Brunei Darussalam zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau übernommen.

Niederlande am 10. Dezember 2007:

(Übersetzung)

"The Government of the Kingdom of the Netherlands has carefully examined the interpretative declaration made by the Islamic Republic of Iran with regard to the International Convention against the Taking of Hostages.

The Government of the Kingdom of the Netherlands considers that this interpretative declaration cannot limit the scope of the Convention; otherwise it would be a reservation contrary to its object and purpose, if purporting to exclude from the acts prohibited by the Convention acts committed in the struggle of peoples under colonial domination and foreign occupation.

Therefore, the Government of the Kingdom of the Netherlands does not consider the declaration made by Iran to have any legal effect on the Convention."

„Die Regierung des Königreichs der Niederlande hat die von der Islamischen Republik Iran zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme abgegebene Auslegungserklärung sorgfältig geprüft.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande ist der Auffassung, dass diese Auslegungserklärung den Geltungsbereich des Übereinkommens nicht einschränken kann; andernfalls, würde die Erklärung tatsächlich Handlungen, die im Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung begangen werden, von den durch das Übereinkommen verbotenen Handlungen ausnehmen, wäre sie ein Vorbehalt, der im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Die Regierung des Königreichs der Niederlande ist daher der Auffassung, dass die von Iran abgegebene Erklärung für das Übereinkommen rechtlich wirkungslos ist."

Portugal am 19. November 2007:

(Übersetzung)

"...The Government of the Portuguese Republic has carefully examined the interpretative declaration made by the Islamic Republic of Iran with regard to the International Convention against the Taking of Hostages.

„...Die Regierung der Portugiesischen Republik hat die von der Islamischen Republik Iran zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme abgegebene Auslegungserklärung sorgfältig geprüft.

Portugal considers that this interpretative declaration cannot limit the scope of the application of the Convention; otherwise it would be a reservation contrary to its object and purpose, if purporting to exclude from the acts prohibited by the Convention acts committed in the struggle of peoples under colonial domination and foreign occupation.

Therefore, Portugal does not consider the declaration made by Iran to have any legal effect on the Convention.”

Portugal ist der Auffassung, dass diese Auslegungserklärung den Geltungsbereich des Übereinkommens nicht einschränken kann; andernfalls, würde sie tatsächlich Handlungen, die im Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung begangen werden, von den durch das Übereinkommen verbotenen Handlungen ausnehmen, wäre sie ein Vorbehalt, der im Widerspruch zu Ziel und Zweck des Übereinkommens steht.

Portugal ist daher der Auffassung, dass die von Iran abgegebene Erklärung für das Übereinkommen rechtlich wirkungslos ist.“

Vereinigte Staaten am 16. November 2007:

(Übersetzung)

“The Interpretative Declaration sets forth Iran’s belief that ‘fighting terrorism should not affect the legitimate struggle of people under colonial domination and foreign occupation in the exercise of their right of self-determination ...’ The United States views this generalized statement as having no effect on the Convention or on application of the Convention between the United States and Iran. Nothing in the Convention provides for or permits any justification, whether political, philosophical, ideological, racial, ethnic, religious, or otherwise for the commission of acts that States parties to the Convention are required to criminalize.”

„Die Auslegungserklärung bringt die Auffassung Irans zum Ausdruck, dass ‚der berechnete Kampf von Völkern unter kolonialer Vorherrschaft oder ausländischer Besatzung in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung [...] von der Bekämpfung des Terrorismus nicht berührt werden sollte‘. Die Vereinigten Staaten sind der Auffassung, dass diese allgemeine Erklärung für das Übereinkommen wirkungslos ist und sich auch nicht auf die Anwendung des Übereinkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Iran auswirkt. Das Übereinkommen sieht eine Rechtfertigung für das Begehen von Handlungen, die von den Vertragsstaaten des Übereinkommens zu kriminalisieren sind, sei sie politischer, philosophischer, weltanschaulicher, rassistischer, ethnischer, religiöser oder sonstiger Art, weder vor noch gestattet es sie.“

Vereinigtes Königreich am 27. November 2007:

(Übersetzung)

“The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland [has] examined the declaration relating to the International Convention Against the Taking of Hostages made by the Government of the Islamic Republic of Iran at the time of its accession to the Convention. The Government of the United Kingdom understand[s] that the declaration made by Iran does not purport to exclude or modify the terms of the Convention. The United Kingdom Government condemns in the strongest terms all acts of terrorism irrespective of their motivation whenever and by whomsoever committed and for whatever purposes.”

„Die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland [hat] die von der Regierung der Islamischen Republik Iran zum Zeitpunkt ihres Beitritts zum Internationalen Übereinkommen gegen Geiselnahme abgegebene Erklärung geprüft. Nach dem Verständnis der Regierung des Vereinigten Königreichs nimmt die von Iran abgegebene Erklärung nicht tatsächlich Bestimmungen des Übereinkommens aus oder verändert sie. Die Regierung des Vereinigten Königreichs verurteilt alle terroristischen Handlungen unabhängig von den ihnen zugrunde liegenden Motiven auf das Schärfste, gleichviel, wann und von wem sie zu welchem Zweck begangen werden.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Oktober 2007 (BGBl. II S. 1903).

Berlin, den 27. März 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
des deutsch-kolumbianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 31. März 2008

Das in Bogotá D. C. am 29. Januar 2007 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Stadtrandsanierung Bogotá, Phase III“) ist nach seinem Artikel 5

am 29. Januar 2007

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 31. März 2008

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Ingrid-Gabriela Hoven

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Kolumbien
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Republik Kolumbien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Kolumbien beizutragen, unter Bezugnahme auf das Ergebnis der deutsch-kolumbianischen Regierungsverhandlungen vom 04. und 05. November 2003 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kolumbien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, bei denen es sich um kolumbianische öffentliche Einrichtungen handeln muss, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgenden Betrag zu erhalten: Ein Darlehen bis zu insgesamt 3 500 000,- EUR (in Worten: drei Millionen fünfhunderttausend Euro) zu 2 % Zinsen, 30 Jahren Laufzeit und 10 Freijahren für das Vorhaben Stadtrandsanierung Bogotá/Phase III: Konfliktlösung und Gewaltprävention in marginalen Stadtvierteln „Zusammenleben“ (Proyecto Sur con Bogotá/Fase III: Solución de Conflictos y Prevención de Violencia en Barrios Marginales „Convivencia“), wenn nach Prüfung die Förderwürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kolumbien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge

zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezembers 2011.

(2) Die Regierung der Republik Kolumbiens, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kolumbien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Kolumbien erhoben werden.

Artikel 4

In Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften überlässt die Regierung der Republik Kolumbien bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bogotá D. C. am 29. Januar 2007 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Michael Glotzbach

Für die Regierung der Republik Kolumbien
María Consuelo Araújo Castro
Alberto Carrasquilla Barrera

Bekanntmachung des deutsch-kolumbianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 31. März 2008

Das in Bogotá am 29. Januar 2007 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Forstwirtschaft als Produktionsalternative im Randbereich der Kaffezone“ (Río Magdalena III)) ist nach seinem Artikel 5 am 29. Januar 2007

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 31. März 2008

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Ingrid-Gabriela Hoven

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kolumbien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kolumbien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Kolumbien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Ergebnis der deutsch-kolumbianischen Regierungsverhandlungen vom 17. und 18. Juli 2001 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kolumbien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, bei denen es sich um kolumbianische öffentliche Einrichtungen handeln muss, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgenden Betrag zu erhalten: Ein Darlehen bis zu insgesamt 4 090 335,05 EUR (in Worten: vier Millionen neunzigtausenddreihundertfünfunddreißig Euro und fünf Cent) zu 2 % Zinsen, 30 Jahren Laufzeit und 10 Freijahren für das Vorhaben „Forstwirtschaft als Produktionsalternative im Randbereich der Kaffezone“ (Río Magdalena III), wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kolumbien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1

genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Darlehens zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehensverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009.

(2) Die Regierung der Republik Kolumbiens, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kolumbien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Kolumbien erhoben werden.

Artikel 4

In Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften überlässt die Regierung der Republik Kolumbien bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bogotá am 29. Januar 2007 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Michael Glotzbach

Für die Regierung der Republik Kolumbien
María Consuelo Araújo Castro
Alberto Carrasquilla Barrera

**Bekanntmachung
der deutsch-kolumbianischen Vereinbarung
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 10. April 2008

Die Vereinbarung in der Form eines Notenwechsels vom 9. Mai 2007/20. Juni 2007 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kolumbien über Finanzielle Zusammenarbeit („Programm Nachhaltige Forstwirtschaft als Produktionsalternative im Randbereich der Kaffezone/Río Magdalena III“) ist nach ihrer Inkrafttretenklausel

am 20. Juni 2007

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 10. April 2008

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dorothee Fiedler

Der Geschäftsträger a. i.
der Bundesrepublik Deutschland

Bogotá, D.C., 9 de mayo de 2007

Señor Ministro:

Ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf das Ergebnis der deutsch-kolumbianischen Regierungsverhandlungen vom 17. und 18. Juli 2001 und vom 4. und 5. November 2003 folgende Vereinbarung über das „Programm Nachhaltige Forstwirtschaft als Produktionsalternative im Randbereich der Kaffeezone/Río Magdalena III“ („Programa Silvicultura como Alternativa de Producción en la Zona Marginal de la Región Cafetera/Río Magdalena III“) vorzuschlagen:

1. Bezugnehmend auf das Ergebnis der deutsch-kolumbianischen Regierungsverhandlungen vom 4. und 5. November 2003 wird das „Programm Nachhaltige Forstwirtschaft als Produktionsalternative im Randbereich der Kaffeezone/Río Magdalena III“ um die ursprünglich zu Gunsten des Programms „Integrales Program zur Verbesserung unterentwickelter Stadtviertel von Medellín II“ („Programa Integral de Mejoramiento de Barrios Subnormales de Medellín/Primed“) reprogrammierten Darlehensbeträge in Höhe von 3 579 043,17 EUR (in Worten: drei Millionen fünfhundertneunundsiebzigtausenddreihundertvierzig Euro und siebzehn Cent) und 920 782,76 EUR (in Worten: neunhundertzwanzigtausendsiebenhundertzweiundachtzig Euro und sechsundsiebzig Cent) erhöht.
2. Bezugnehmend auf das Ergebnis der deutsch-kolumbianischen Regierungsverhandlungen vom 17. und 18. Juli 2001 und vom 4. und 5. November 2003 wird die Hälfte des ursprünglich für den Studien- und Fachkräftefonds zugesagten Finanzierungsbetrages in Höhe von 1 022 583,- EUR (in Worten: eine Million zweiundzwanzigtausendfünfhundertdreiundachtzig Euro), also ein Betrag in Höhe von 511 291,50 EUR (in Worten: fünfhundertelftausendzweihunderteinundneunzig Euro und fünfzig Cent), als Begleitmaßnahmen für das „Programm Nachhaltige Forstwirtschaft als Produktionsalternative im Randbereich der Kaffeezone/Río Magdalena III“ zur Verfügung gestellt.
3. Die Zusage des unter Nummer 2 genannten Betrages entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen werden. Für diesen Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2009.
4. Diese Vereinbarung wird in deutscher und spanischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Falls sich die Regierung der Republik Kolumbien mit den unter Nummern 1 bis 4 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Ihrer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren Regierungen bilden, die mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Engel

Su Excelencia
Dr. Fernando Araújo Perdomo
Ministro de Relaciones Exteriores
de la República de Colombia
Bogotá, D.C.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Madrider Abkommens über die Unterdrückung falscher oder
irreführender Herkunftsangaben auf Waren
und der Stockholmer Zusatzvereinbarung**

Vom 15. April 2008

I.

Das Madrider Abkommen vom 14. April 1891 über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung (BGBl. 1961 II S. 273, 293) sowie die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Zusatzvereinbarung zum Abkommen (BGBl. 1970 II S. 293, 444) sind nach Artikel 5 Abs. 2 der Zusatzvereinbarung für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Iran	am 18. Juni 2004
Jugoslawien*), Bundesrepublik	am 18. Mai 2000
Moldau, Republik	am 5. April 2001.

II.

Montenegro hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 4. Dezember 2006 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch das Madrider Abkommen vom 14. April 1891 über die Unterdrückung falscher oder irreführender Herkunftsangaben auf Waren in der am 31. Oktober 1958 in Lissabon beschlossenen Fassung sowie die in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossene Zusatzvereinbarung zum Abkommen gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. Oktober 1993 (BGBl. II S. 2012).

Berlin, den 15. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

*) ab 4. Februar 2003 Serbien und Montenegro

**Bekanntmachung
zu dem Übereinkommen gegen Folter und andere
grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe**

Vom 16. April 2008

Kasachstan hat am 21. Februar 2008 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen als Verwahrer des Übereinkommens vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 1990 II S. 246) die nachstehenden Erklärungen nach den Artikeln 21 und 22 des Übereinkommens notifiziert:

(Übersetzung)

„In accordance with article 21, paragraph 1, of the Convention against torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment done at New York on December 10, 1984 the Republic of Kazakhstan hereby declares that it recognizes the competence of the Committee against torture under the conditions laid down in article 21, to receive and consider communications to the effect that another state party claims that the Republic of Kazakhstan is not fulfilling its obligations under this Convention.

„Die Republik Kasachstan erklärt hiermit nach Artikel 21 Absatz 1 des am 10. Dezember 1984 in New York beschlossenen Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, dass sie die Zuständigkeit des Ausschusses gegen Folter nach den in Artikel 21 festgelegten Bedingungen für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen, in denen ein anderer Vertragsstaat geltend macht, die Republik Kasachstan komme ihren Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen nicht nach, anerkennt.

In accordance with article 22, paragraph 1, of the Convention against torture and other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment done at New York on December 10, 1984 the Republic of Kazakhstan hereby declares that it recognizes the competence of the Committee against torture under the conditions laid down in article 22, to receive and consider communications from or on behalf of individuals subject to its jurisdiction who claim to be victims of a violation by the Republic of Kazakhstan of the provisions of the Convention.”

Die Republik Kasachstan erklärt hiermit nach Artikel 22 Absatz 1 des am 10. Dezember 1984 in New York beschlossenen Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, dass sie die Zuständigkeit des Ausschusses gegen Folter nach den in Artikel 22 festgelegten Bedingungen für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen einzelner Personen oder im Namen einzelner Personen, die ihrer Hoheitsgewalt unterstehen und die geltend machen, Opfer einer Verletzung dieses Übereinkommens durch die Republik Kasachstan zu sein, anerkennt.“

Die Republik Korea hat am 9. November 2007 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die nachstehende Erklärung nach den Artikeln 21 und 22 des Übereinkommens notifiziert:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Korean)

“The Republic of Korea recognizes the competence of the Committee against Torture, pursuant to Article 21 of the said Convention, to receive and consider communications to the effect that a State Party claims that another State Party is not fulfilling its obligations under this Convention and also recognizes the competence of the said Committee, pursuant to Article 22 of the said Convention, to receive and consider communications from or on behalf of individuals subject to its jurisdiction who claim to be victims of a violation by a State Party of the provisions of the Convention.”

(Übersetzung) (Original: Koreanisch)

„Die Republik Korea erkennt nach Artikel 21 des genannten Übereinkommens die Zuständigkeit des Ausschusses gegen Folter zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen an, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen nicht nach, und erkennt ferner nach Artikel 22 des genannten Übereinkommens die Zuständigkeit des genannten Ausschusses zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen einzelner Personen oder im Namen einzelner Personen an, die der Hoheitsgewalt der Republik Korea unterstehen und die geltend machen, Opfer einer Verletzung des Übereinkommens durch einen Vertragsstaat zu sein.“

Die Ukraine hat am 12. September 2003 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen die Rücknahme des Vorbehalts zu Artikel 20 des Übereinkommens (vgl. die Bekanntmachung vom 9. Februar 1993, BGBl. II S. 715) notifiziert und die Zuständigkeit des Ausschusses gegen Folter nach den Artikeln 21 und 22 des Übereinkommens uneingeschränkt anerkannt (vgl. die Bekanntmachung vom 4. November 2003, BGBl. 2004 II S. 88).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. Februar 2007 (BGBl. II S. 283).

Berlin, den 16. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen**

Vom 17. April 2008

Montenegro hat dem Generaldirektor der UNESCO am 26. April 2007 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch sämtliche Übereinkommen und Protokolle der UNESCO, deren Vertragspartei Serbien und Montenegro war, gebunden betrachtet. Somit ist auch das Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen (BGBl. 1968 II S. 385, 386) für Montenegro weiterhin in Kraft (vgl. die Bekanntmachung vom 11. Februar 2002, BGBl. II S. 638).

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 8. Mai 2007 (BGBl. II S. 806).

Berlin, den 17. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

Vom 17. April 2008

Das Übereinkommen vom 20. Oktober 2005 über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (BGBl. 2007 II S. 234) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 1 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Ägypten	am 23. November 2007
Andorra	am 6. Mai 2007
Bangladesch	am 31. August 2007
Côte d'Ivoire	am 16. Juli 2007
Gabun	am 15. August 2007
Italien	am 19. Mai 2007
Jamaika	am 4. August 2007
Jordanien	am 16. Mai 2007
Kambodscha	am 19. Dezember 2007
Kenia	am 24. Januar 2008
Kuwait	am 3. November 2007
Laos	am 5. Februar 2008
Lettland	am 6. Oktober 2007
Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik	am 22. August 2007
Mongolei	am 15. Januar 2008
Mosambik	am 18. Januar 2008
Paraguay	am 30. Januar 2008
Polen	am 17. November 2007
Tadschikistan	am 24. Januar 2008
Tunesien	am 15. Mai 2007.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. Oktober 2007 (BGBl. II S. 1685).

Berlin, den 17. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden
im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region**

Vom 17. April 2008

Montenegro hat dem Generaldirektor der UNESCO am 26. April 2007 notifiziert, dass es sich als einer der Rechtsnachfolger von Serbien und Montenegro mit Wirkung vom 3. Juni 2006, dem Tag seiner Unabhängigkeitserklärung, als durch sämtliche Übereinkommen und Protokolle der UNESCO, deren Vertragspartei Serbien und Montenegro war, gebunden betrachtet. Somit ist auch das Übereinkommen vom 21. Dezember 1979 über die Anerkennung von Studien, Diplomen und Graden im Hochschulbereich in den Staaten der europäischen Region (BGBl. 1994 II S. 2321) für Montenegro weiterhin in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 4. Juli 2003 (BGBl. II S. 731).

Berlin, den 17. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über die Markierung von Plastiksprengstoffen
zum Zweck des Aufspürens**

Vom 21. April 2008

I.

Das Übereinkommen vom 1. März 1991 über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens (BGBl. 1998 II S. 2301) ist nach seinem Artikel XIII Abs. 4 für folgenden weiteren Staat, der nach Maßgabe von Artikel XIII Abs. 2 erklärt hat, kein Herstellerstaat zu sein, in Kraft getreten:

Jemen am 2. September 2007
nach Maßgabe des Vorbehalts, an Artikel XI Abs. 1 nicht gebunden zu sein.

II.

Die Russische Föderation hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 19. September 2007 nach Maßgabe von Artikel XIII Abs. 2 erklärt, Herstellerstaat zu sein. Das Übereinkommen ist nach seinem Artikel XIII Abs. 4 für die

Russische Föderation am 18. November 2007
in Kraft getreten.

Schweden hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde am 5. April 2007 nach Maßgabe von Artikel XIII Abs. 2 erklärt, Herstellerstaat zu sein. Das Übereinkommen ist nach seinem Artikel XIII Abs. 4 für

Schweden am 4. Juni 2007
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Dezember 2007 (BGBl. 2008 II S. 19).

Berlin, den 21. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls vom 26. Oktober 1990
zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a
des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt**

Vom 21. April 2008

Das Protokoll vom 26. Oktober 1990 zur Änderung des Artikels 50 Buchstabe a des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt (BGBl. 1996 II S. 2498, 2501) ist nach seiner Ziffer 3 Buchstabe g für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

El Salvador	am 7. November 2007
Malaysia	am 17. September 2007.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. November 2007 (BGBl. 2008 II S. 41).

Berlin, den 21. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Susanne Wasum-Rainer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls V zum VN-Waffenübereinkommen**

Vom 24. April 2008

Das Protokoll vom 28. November 2003 über explosive Kampfmittelrückstände (Protokoll V) – BGBl. 2005 II S. 122 – zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, (BGBl. 1992 II S. 958; 1993 II S. 935) wird nach Artikel 8 Abs. 2 Buchstabe b in Verbindung mit Artikel 5 Abs. 3 und 4 des VN-Waffenübereinkommens für folgende weitere Staaten in Kraft treten:

Guatemala	am 28. August 2008
Madagaskar	am 14. September 2008
Portugal	am 22. August 2008
Tunesien	am 7. September 2008.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 20. März 2008 (BGBl. II S. 250).

Berlin, den 24. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls von Cartagena über die biologische Sicherheit
zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt**

Vom 29. April 2008

Das Protokoll von Cartagena vom 29. Januar 2000 über die biologische Sicherheit (BGBl. 2003 II S. 1506) zum Übereinkommen vom 5. Juni 1992 über die biologische Vielfalt (BGBl. 1993 II S. 1741) ist nach seinem Artikel 37 Abs. 2 für

Guinea am 10. März 2008

Saudi Arabien am 7. November 2007

in Kraft getreten.

Es wird ferner für

Guyana am 16. Juni 2008

Myanmar am 13. Mai 2008

Suriname am 25. Juni 2008

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Juni 2007 (BGBl. II S. 841).

Berlin, den 29. April 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren**

Vom 2. Mai 2008

Das Europäische Übereinkommen vom 13. November 1987 zum Schutz von Heimtieren (BGBl. 1991 II S. 402) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Aserbaidschan am 1. Mai 2008

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 17. November 2004 (BGBl. II S. 1792).

Berlin, den 2. Mai 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Georg Witschel

**Bekanntmachung
über eine Berichtigung der authentischen deutschen Fassung
des Vertrags über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens
zur Europäischen Union**

Vom 6. Mai 2008

Nach dem zweiten Berichtigungsprotokoll des Verwahrers des Vertrages, der Regierung der Italienischen Republik, vom 30. April 2007 ist der Wortlaut der authentischen deutschen Fassung des Vertrags über den Beitritt der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union vom 25. April 2005 (BGBl. 2006 II S. 1146) wie folgt berichtigt worden:

1. Das Protokoll über die Bedingungen und Einzelheiten der Aufnahme der Republik Bulgarien und Rumäniens in die Europäische Union wurde wie folgt geändert:

Der Anhang VI des Protokolls (Liste nach Artikel 20 des Protokolls: Übergangsmaßnahmen, Bulgarien) Kapitel 10 (Umwelt) wurde wie folgt geändert:

- a) Teil B (Abfallwirtschaft) Nr. 3 (befristete Ausnahmen zur Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien) unter Punkt 7

Statt:

„7. Aschebecken ‚Toplofikatsia-Ruse‘, TPP ‚Ruse-East‘, Ruse, Ruse;“

muss es heißen:

„7. Aschebecken ‚Toplofikatsia-Ruse‘, TPP ‚Ruse-Iztok‘, Ruse, Ruse;“

- b) Teil D (Industrielle Umweltbelastung und Risikomanagement) in Nummer 1 betreffend die Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung unter der Überschrift „Bis 31. Dezember 2011:“

Statt:

„— TPP ‚Ruse-East‘ — Ruse (Tätigkeit 1.1)“

muss es heißen:

„— TPP ‚Ruse-Iztok‘ — Ruse (Tätigkeit 1.1)“

und statt:

„— TPP ‚Bobov dol‘ — Sofia (Tätigkeit 1.1)“

muss es heißen:

„— TPP ‚Bobov dol‘ — Bobov dol (Tätigkeit 1.1)“

- c) Teil D (Industrielle Umweltbelastung und Risikomanagement) in Nummer 2 betreffend die Richtlinie 2001/80/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft

Statt:

„— TPP ‚Ruse-East‘:“

muss es heißen:

„— TPP ‚Ruse-Iztok‘:“

2. Die Akte über die Bedingungen des Beitritts der Bulgarischen Republik und Rumäniens und die Anpassungen der Verträge, auf denen die Europäische Union beruht, wurde wie folgt geändert:

- a) Die Beitrittsakte, Artikel 14 (betreffend das Protokoll über die Satzung der Europäischen Investitionsbank) Nr. 3 (betreffend Artikel 11 Abs. 2 Unterabs. 2 und 3 der Satzung) wurde wie folgt geändert:

Artikel 11 Abs. 2 Unterabs. 3 siebter und achter Gedankenstrich:

1. Statt:

„— ein stellvertretendes Mitglied, das vom Königreich Dänemark, von der Hellenischen Republik, Irland und Rumänien im gegenseitigen Einvernehmen benannt wird;“

muss es heißen:

„— zwei stellvertretende Mitglieder, die vom Königreich Dänemark, von der Hellenischen Republik, Irland und Rumänien im gegenseitigen Einvernehmen benannt werden;“

2. Statt:

„— ein stellvertretendes Mitglied, das von der Republik Estland, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und dem Königreich Schweden im gegenseitigen Einvernehmen benannt wird;“

muss es heißen:

„— zwei stellvertretende Mitglieder, die von der Republik Estland, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Österreich, der Republik Finnland und dem Königreich Schweden im gegenseitigen Einvernehmen benannt werden;“

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0, Telefax: (02 21) 9 76 68-3 36

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.-Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 8,05 € (7,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,65 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

b) Der Anhang VI (Liste nach Artikel 23 der Beitrittsakte: Übergangsmaßnahmen, Bulgarien) Kapitel 10 (Umwelt) wurde wie folgt geändert:

1. Teil B (Abfallwirtschaft) Nr. 3 (befristete Ausnahmen zur Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über AbfalldPONEN) Punkt 7

Statt:

„7. Aschebecken ‚Toplofikatsia-Ruse‘, TPP ‚Ruse-East‘, Ruse, Ruse;“

muss es heißen:

„7. Aschebecken ‚Toplofikatsia-Ruse‘, TPP ‚Ruse-Iztok‘, Ruse, Ruse;“.

2. Teil D (Industrielle Umweltbelastung und Risikomanagement) Nr. 1 betreffend die Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung unter der Überschrift „Bis 31. Dezember 2011:“

Statt:

„– TPP ‚Ruse-East‘ – Ruse (Tätigkeit 1.1)“
muss es heißen:

„– TPP ‚Ruse-Iztok‘ – Ruse (Tätigkeit 1.1)“

und statt:

„– TPP ‚Bobov dol‘ – Sofia (Tätigkeit 1.1)“

muss es heißen:

„– TPP ‚Bobov dol‘ – Bobov dol (Tätigkeit 1.1)“.

3. Teil D (Industrielle Umweltbelastung und Risikomanagement) Nr. 2 betreffend die Richtlinie 2001/80/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft

Statt:

„– TPP ‚Ruse-East‘:“

muss es heißen:

„– TPP ‚Ruse-Iztok‘:“.

Berlin, den 6. Mai 2008

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Berger